

*Walter Süß  
NATO und Warschauer Pakt zwischen »Rüstungswahn« und  
Herrschaftskalkül  
- Überlegungen zu den »Exterminismus«-Thesen Thompsons und  
Babros*

*Auf einer von der »Konrad-Adenauer-Stiftung« veranstalteten Tagung, an der unter anderen REAGANs Sicherheitsberater R. ALLEN teilnahm, »machte die amerikanische Seite deutlich, daß die USA entschlossen seien, wieder eine Rolle als globale Supermacht zu übernehmen. Der neue amerikanische Kurs müsse als Reaktion auf ein Jahrzehnt der Rückzüge (Vietnam) und der übergroßen weltpolitischen Zurückhaltung betrachtet werden. (...) Die Richtung des Reagan-Kurses wurde von amerikanischer Seite durch die Feststellung deutlich gemacht, daß es für die europäischen Verbündeten eigentlich nur als Alternative die Auflösung der NATO und den Rückzug der USA in ihre eigene 'Festung' gebe. (...) Die wesentlichen Weltprobleme sah die amerikanische Seite dabei fast ausschließlich im Mittleren und Nahen Osten mit dem 'Problem Lybien' an der Spitze, wobei vor allem die Deutschen an ihre eigene Interessenlage bei der Sicherung des Persischen Golfes erinnert wurden.«*

*»Der Tagesspiegel«, 5.9.1981*

In der halböffentlichen und öffentlichen Artikulation von Zukunftsängsten hat im vergangenen Jahr eine bemerkenswerte Verschiebung stattgefunden. Dieser Wandel läßt sich an der Fixierung auf ein neues Datum der Kulmination bedrohlicher Entwicklungen beobachten: War bis vor kurzem das Schlüsseljahr »1984«, so wird nun zunehmend »1983« zum Symbol für eine nicht mehr umkehrbare Wendung zum Untergang. Freilich unterscheiden sich beide Daten nicht nur darin, daß die Bedrohung ein Jahr näher gerückt ist, sondern vor allem dadurch, daß »1984« als Zeichen für einen schon länger zu beobachtenden innerstaatlichen Formierungsprozeß stand, während 1983 direkte Bedeutung als reales Datum hat: In diesem Jahr sollen nach dem Willen der Außen- und Verteidigungsminister der NATO nuklearbestückte Mittelstreckenraketen auf europäischem Boden stationiert werden. Damit rückt die Wahrscheinlichkeit eines Massenmords an der europäischen Bevölkerung durch einen nuklearen »Schlagabtausch« näher. Für bedeutende Teile der Friedensbewegung ist dieses Datum zum absolut dominierenden Bezugspunkt geworden:

»Wir müssen den Modernisierungsprozeß der NATO stoppen. Sonst haben wir diesen einen weiteren Schritt getan, der diesen gesamten Prozeß unumkehrbar macht.«<sup>1</sup>

THOMPSON hat versucht, diese Befürchtungen mit der Kategorie des »Exterminismus« (dem »Drang zur Auslöschung«) auf den Begriff zu bringen.<sup>2</sup> »Exterminismus« ist zuerst

und vor allem eine moralisch-kritische Kategorie. Sie soll die Ungeheuerlichkeit anprangern, daß die führenden Politiker in Ost und West es wagen, als »Sicherheitspolitik« den Genocid an fremden und an ihren eigenen Völkern vorzubereiten. Sie soll den Fetischismus dieser »Sicherheitspolitik« zerstören, indem sie ihre Konsequenzen benennt. Sie soll die Phantasielosigkeit und die Gleichgültigkeit überwinden helfen, die die Entscheidung über Leben und Tod von uns allen den »Fachleuten« – den »Sicherheitspolitikern« und den Militärs – meint überlassen zu können. Und sie klagt den moralischen Skandal an, daß nach zwei Weltkriegen der Gedanke des technisierten Massenmords einen festen Platz im Alltagsbewußtsein gefunden hat. In seiner Angst, seiner Empörung und seinem Zorn fühle ich mich mit THOMPSON einig. Die folgenden Überlegungen meinen mit ihrer Kritik an der Kategorie des »Exterminismus« nicht diese moralische Dimension, sondern allein ihre analytische Wendung, d.h. den Versuch, durch eine Art Gesellschaftstheorie des »Exterminismus« die Dominanz dieses Denkens zu erklären. Folgende Fragen scheinen mir in dieser Konzeption nicht oder nur unzureichend beantwortet:

1. welche Bedeutung die »Nach«-Rüstung für die Strategie der NATO als Staatenbund hat (schließlich ist diese Entscheidung, wenn auch von den USA – und der Regierung der BRD – vorbereitet, kollektiv getroffen worden);
2. warum die US-Regierung für die »Nach«-Rüstung ist;
3. warum sich die westeuropäischen Verbündeten dem zu einem erheblichen Teil angeschlossen haben;
4. warum sich die UdSSR am »Wettrüsten« beteiligt.

Differierende Einschätzungen ergeben sich dabei etwa hinsichtlich

- der Interpretation des »Wettrüstens« als »Exterminismus«, d.h. als West und Ost gleichermaßen erfassenden »Drang zur Auslöschung«;
- der Stellung Europas in dieser neuen Phase internationaler Spannung;
- des Beitrags der UdSSR zum »Wettrüsten«;
- des Zusammenhangs zwischen der Friedensfrage und sozialökonomisch bedingten Konflikten in den westeuropäischen Gesellschaften.

Eine andere Position als THOMPSON (oder BAHRO) in diesen Punkten zu vertreten, bedeutet auch, wie im einzelnen zu begründen sein wird, innerhalb des gemeinsamen Rahmens an Zielvorstellungen wenigstens zum Teil andere Gewichtungen für die Friedensarbeit zu setzen.

### *1. Zum Wandel der NATO-Strategie*

Um die Bedeutung des »Nach«-Rüstungsbeschlusses zu begreifen, ist die erste Voraussetzung, ihn als Schritt in der Entwicklung einer bestimmten Militärstrategie zu sehen. Deshalb ist es notwendig, auf die Strategie der NATO und auf die Stellung von Nuklearwaffen in dieser Strategie einzugehen.<sup>3</sup> Diese Strategie war immer in erster Linie gegen die UdSSR bzw. später den Warschauer Pakt gerichtet. Ob diese Stoßrichtung, wie SCHMIDT<sup>4</sup> meint, rein defensiv war: gegen den sowjetischen »Expansionismus«, ist eine nicht leicht zu beantwortende Frage.<sup>5</sup> Unstrittig dürfte allerdings sein, daß die Gebietserweiterung der UdSSR zu Beginn des II. Weltkriegs und die Etablierung von Satellitenregimen nach dessen Ende in den westeuropäischen Ländern die politischen Voraussetzungen dafür mitschufen, daß sich diese Staaten an die USA anlehnten. Den Rahmen der NATO-Strategie bildete die

von G.F. KENNAN 1947 entworfene »containment«-Politik, mit der eine weitere Ausdehnung von Systemen sowjetischen Typs verhindert werden sollte. 1953 bis 1960 wurde dann unter DULLES die Politik des »rollback« verfolgt, d.h. der Versuch, verlorenes Gelände wiederzugewinnen. Die nuklearstrategische Komponente dieser Politik war die Konzeption der »massiven Vergeltung«. D.h., daß jeder konventionelle Angriff der UdSSR bzw. des Warschauer Pakts in Europa mit einem atomaren Vernichtungsschlag beantwortet werden sollte. Voraussetzung dieser Konzeption war, daß die andere Seite über keine entsprechende Bewaffnung verfügte.<sup>6</sup> Als die UdSSR Ende der 50er Jahre begann, ebenfalls in den Besitz nuklearer Sprengköpfe auf Trägerraketen, die die USA erreichen konnten, zu kommen, brach diese Doktrin in sich zusammen: Sie bedeutete nun nämlich, daß die USA der UdSSR androhte, im Falle eines konventionellen Angriffs in Europa gemeinsam mit ihr Selbstmord zu begehen.<sup>7</sup> Diese Drohung war offenkundig unsinnig und entsprechend verunsichert waren die westeuropäischen Verbündeten, die meinten, sich auf den nuklearen »Schild« der NATO nicht mehr verlassen zu können.<sup>8</sup> Als Reaktion auf diese Situation wurden zweierlei Maßnahmen ergriffen: erstens eine bedeutende konventionelle Aufrüstung der westeuropäischen Staaten und zweitens – unter McNAMARA – der Übergang zur Doktrin der »flexible response«. Damit war gemeint, daß einem Angriff des Warschauer Pakts jeweils auf der Ebene entgegengehalten würde, auf der er gestartet würde (also konventionelle Streitkräfte gegen konventionelle Streitkräfte, taktisch-nukleare Waffen gegen taktisch-nukleare usw.), zugleich aber die Möglichkeit offen gehalten würde, bei einer drohenden Niederlage auf die nächste Stufe der Eskalationsleiter überzugehen.<sup>9</sup> Vorbereitet wurde dieser Wandel in der Strategie durch die Stationierung »taktischer« Nuklearwaffen geringer Reichweite in Westeuropa seit Mitte der 50er Jahre.<sup>10</sup> Zwar hatte die »Glaubwürdigkeit« der NATO-Doktrin damit zweifellos zugenommen<sup>11</sup>, um den Preis allerdings, daß auch damals schon die nukleare Verwüstung Westeuropas einkalkuliert wurde. D.h. das alte Dilemma wurde auf neuer Ebene reproduziert: Als Teil der NATO drohten nun die westeuropäischen Staaten mit dem kollektiven Selbstmord im Fall eines Angriffs. Offen zutage trat dieser Widersinn in der Auseinandersetzung um die Entscheidungsgewalt über den Einsatz von Atomwaffen auf einem europäischen Kriegsschauplatz.<sup>12</sup> Dabei wurde in dieser Auseinandersetzung noch ein zweiter unlösbarer Widerspruch sichtbar: In »Vor-Kriegszeiten« nämlich hatten die westeuropäischen Regierungen ein Interesse daran, daß seitens der USA die nukleare Schwelle möglichst niedrig angesetzt wurde, um den »Abschreckungseffekt« zu erhöhen, während sich die verschiedenen US-Regierungen ihres Interesses sehr wohl bewußt waren, ihre Atomwaffen möglichst lange aus einem europäischen Krieg, der zur Vernichtung der USA führen könnte, herauszuhalten. »Gelöst« wurden diese Probleme schließlich dadurch, daß die Pläne zu einer kollektiven Verfügungsgewalt über den Einsatz von Nuklearwaffen begraben wurden und der US-Präsident die Verfügungsgewalt behielt.<sup>13</sup> Das hieß auch damals schon: Nukleare Vernichtung wurde zwar angedroht, aber derjenige, der am Schalthebel saß, war vom Kriegsschauplatz durch den Atlantik getrennt.

Soweit zum generellen Rahmen dieser Strategie. Die Prämissen der Abschreckungs-Doktrin im engeren Sinn sind folgende:<sup>14</sup>

1. Der Feind, die UdSSR, sei ihrer Natur nach expansiv und aggressiv.<sup>15</sup>
2. Expansionismus und Aggressivität werden allein dadurch im Zaum gehalten, daß dem Feind für den Kriegsfall ein »nichtakzeptabler Schaden« angedroht wird.

3. Diese Drohhaltung setzt zumindest ein »Gleichgewicht« mit den Feindkräften voraus.
4. Der Feind soll auch bei einem Überraschungsangriff mit Nuklearwaffen (»first strike«) nicht hoffen dürfen, er werde die Kapazität des Gegners zur Vergeltung (»second strike«) vernichten.
5. Ein Gegner, der die Fähigkeit hätte, mit einem ersten Schlag die andere Seite zu entwaffnen und zur Kapitulation zu zwingen, würde diese Fähigkeit auch einsetzen.

Daraus folgt: »... der eigentliche Kern des Kalküls des nuklearstrategischen Gleichgewichts« ist »die Fähigkeit zum 'second strike'«. <sup>16</sup> Umgekehrt bricht dieses Kalkül zusammen, wenn eine der beiden Seiten die Fähigkeit erwirbt, die second-strike-Kapazitäten des Gegners in einem Erstschlag zu vernichten. Eingedenk dieser Tatsache wurde 1972 der ABM-Vertrag (ABM = Anti-Ballistic-Missiles) zwischen den USA und der UdSSR geschlossen, mit dem sich beide Seiten verpflichteten, keine ausgedehnten Raketenabwehrsysteme zu entwickeln, so daß damit die Möglichkeit zum »second strike« für den Gegner von dieser Seite her offengehalten wurde. Um die »Abschreckungs-Doktrin« als politische Konzeption richtig zu verstehen, ist eine in ihr enthaltene Differenzierung mitzubedenken: die Unterscheidung zwischen »politischen Waffen«, mit deren Einsatz »nur« gedroht wird, und »Kriegsführungs-Waffen«. Diese Differenzierung wird manchmal allzu schnell als »ideologisch« verworfen. Der Sinn diese Unterscheidung wird aber schon dann augenfällig, wenn man bedenkt, daß den (konventionellen) Kriegsführungs-Waffen seit Ende des II. Weltkriegs 20 bis 25 Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind, den (nuklearen) politischen Waffen aber (nach den Massakern in Hiroshima und Nagasaki) keiner – und dennoch die Existenz dieser »politischen Waffen« auf die Weltgeschichte wahrscheinlich größeren Einfluß hatte, als alle seither geführten konventionellen Kriege. Freilich ist die Unterscheidung zwischen beiden Waffengattungen zugleich absolut *und* relativ: Absolut, um die Menschheitskatastrophe nicht eintreten zu lassen, und relativ, da sie sonst als Drohinstrument nicht glaubwürdig eingesetzt werden könnten. Solange die USA über das Monopol an Atomwaffen verfügten, war die Grenze zwischen beiden Systemen eher relativ (weil ihr Einsatz als Antwort auf eine konventionelle sowjetische »Bedrohung« gedacht war). <sup>17</sup> Als die UdSSR über die gleichen Waffen verfügte, wurde diese Grenze absolut und deshalb war die Doktrin der »massiven Vergeltung« dann selbst eine Fiktion. Mit der Doktrin der »flexible response« wurde das Gewicht wieder hin zu einer eher relativen Abgrenzung verschoben, wobei jedoch die »Option« zu einer Antwort auf sub-nukleare Ebene bewußt offen gehalten wurde. Neben ihrem Einfluß auf die Zweitschlagsfähigkeit des Gegners sind neue nukleare Waffensysteme deshalb vor allem danach zu beurteilen, ob sie diese Grenze zwischen »politischen« und »Kriegsführungs-Waffen« verwischen (während die Frage der »over-kill-Kapazitäten« ziemlich zweitrangig ist).

## II. Die militärische Bedeutung der »Nachrüstung«

Unter beiden Aspekten ist die militärtechnologische Entwicklung der 70er Jahre, die den Rahmen für den »Nachrüstungs«-Beschuß der NATO abgibt, bedrohlich. Die Voraussetzungen nuklearstrategischer Stabilität werden schrittweise zerstört:

- durch die Entwicklung von Aufklärungssatelliten ist die Ortung feindlicher Stellungen auf den Meter genau möglich; <sup>18</sup>

- zugleich plant das Pentagon ein im Weltraum stationiertes Raketenabwehrsystem («space shuttle» war ein wichtiger Schritt auf diesem Weg), das dem Gegner die Möglichkeit zum second strike nimmt;<sup>19</sup>
- die U-Boot-Abwehr der USA wird so perfektioniert, daß die »Unverwundbarkeit« und damit die Gegenschlagsfähigkeit der sowjetischen U-Boot-Flotte zweifelhaft wird.<sup>20</sup>
- die Zielgenauigkeit der neuen Raketenysteme ist so hoch, daß auch »gehärtete« Raketenilos einen Angriff nicht überstehen würden.<sup>21</sup>

Angesichts dieser Entwicklung ist es kein Trost, daß es wahrscheinlich eine militaristisch-technizistische Utopie ist, anzunehmen, eine Seite, d.h. aller Wahrscheinlichkeit nach die USA, würde jemals in Abwehr und Angriff eine hundertprozentige Überlegenheit erringen. Zumindest für absehbare Zeit dürfte dieser Einwand zutreffen und damit immer das Risiko bestehen bleiben, daß wenigstens noch ein sowjetisches U-Boot, eine Raketenstellung übrig bleibt, die den USA »untragbaren« Schaden zufügen könnten.<sup>22</sup> Deshalb scheint es mir richtig, davon auszugehen, daß die Wahrscheinlichkeit eines rational kalkulierten Erstschlags auf *dieser* Basis gering ist. Keineswegs ausgeschlossen aber ist damit, daß sich eine von beiden Seiten in einer Krisensituation besonders bedroht fühlt und auch als in objektiver Bedrohung stehend von der anderen Seite wahrgenommen wird. Dann ist es durchaus möglich, daß dem Schwächeren von Seiten des Stärkeren unterstellt wird, er wolle die Situation durch einen »Erstschlag« zu seinen Gunsten verbessern. Das Ergebnis könnte ein »präemptiver« Erstschlag gegen einen gefürchteten Erstschlag (der selbst wieder wegen der eigenen Überlegenheit gefürchtet wird) sein.<sup>23</sup>

Den Marschflugkörpern («cruise missiles») und den »Pershing II«, die auf westeuropäischem Boden stationiert werden sollen, kommt in dieser Zuspitzung der Entwicklung eine besondere Bedeutung zu. Nach übereinstimmender Meinung vieler Kritiker des NATO-Beschlusses<sup>24</sup> besteht die besondere Gefährlichkeit dieser neuen Raketen in folgenden Punkten:<sup>25</sup>

1. sind dies die ersten »Mittelstreckenraketen«, die in West- bzw. Südeuropa stationiert sind und das Territorium der UdSSR erreichen können;
2. bedeutet dies eine Stationierung von potentiellen Angriffszielen in dichtbesiedelten Gebieten;
3. bilden sie in verschiedener Hinsicht einen Sprung in der Entwicklung von Trägersystemen für Nuklearsprengköpfe:
  - außerordentlich hohe Treffgenauigkeit,<sup>26</sup>
  - bedeutend gesteigerte Penetrationsfähigkeit,<sup>27</sup>
  - im Falle der Pershing II die Schnelligkeit, mit der sie das feindliche Zielgebiet erreichen kann,<sup>28</sup>
  - eine bedeutende Ausweitung der Möglichkeit zur Schadensbegrenzung und damit zum »selektiven« Einsatz gegen militärische bzw. politisch-organisatorische Ziele.<sup>29</sup>

Die unter Punkt 3 genannten Charakteristika technischer Art implizieren aus zwei Gründen eine außerordentliche Bedrohung für die europäische Bevölkerung: Erstens scheinen sie einen »begrenzten Atomkrieg« führbar zu machen, zweitens destabilisieren sie das bisherige »Gleichgewicht des Schreckens«. Als Instrumente für einen auf Europa »begrenzten« Atomkrieg sind diese Raketen die Materialisierung einer militärpolitischen Zielkonzeption, die sich in der US-Führung seit der Festschreibung des strategischen Gleichgewichts mit der UdSSR in SALT II durchgesetzt hat.<sup>30</sup>

Der tiefere militärische Sinn der »Nach«-Rüstung wurde durch die »Präsidenten-Direktive 59« vom Juli 1980 enthüllt<sup>31</sup>, die eine Umorientierung der nuklearen Zielplanung auf begrenzte militärische Ziele forderte und damit den offenen Übergang von einer »Abschreckungs«-Konzeption zu einem begrenzten und ausgewählten und damit »denkbaren« Einsatz von *auf das sowjetische Territorium gerichteten* Nuklearwaffen proklamierte (oder doch zumindest als neue »Option« dem strategischen Instrumentarium einreichte). Der Autor dieser Direktive, BRZEZINSKI, kommentierte sie in einem »Spiegel-Interview«<sup>32</sup> erstaunlich offen:

»BRZEZINSKI: ... ich (trat) dafür ein, daß auch wir uns auf eine Kriegsführungs-Doktrin einstellen. Mir war klar, daß ich diese Doktrin aus innenpolitischen Gründen nicht so nennen konnte; deshalb sprach ich von 'rakisich bedingten Korrekturen unserer Doktrin'. Aber die Präsidenten-Direktive 59 bringr uns der Fähigkeit zum nuancierten und flexibleren Gegenschlag einen Schritt näher, das heißt, der Möglichkeit auf verschiedenen Ebenen eines Konflikts reagieren zu können.

SPIEGEL: Und das schließt einen begrenzten Atomkrieg ein?

BRZEZINSKI: Wenn nötig, schließt das einen begrenzten Atomkrieg ein. (...) ... er könnte eskalieren, würde wahrscheinlich sogar eskalieren. (...) Aber wenn eine Seite in der Lage ist, ihn zu führen, und die andere Seite nicht, dann ist die Seite, die ihn führen kann, im Falle einer Krise in der besseren Verhandlungsposition.«

Aus dieser Perspektive gesehen, ist es die Funktion der »Nach«-Rüstung, ein militärisches Instrument bereitzustellen, das der UdSSR bzw. den Warschauer-Pakt-Staaten einen »nicht-selbstmörderischen« Einsatz von Nuklearwaffen im Konfliktfall glaubhaft demonstriert, d.h. die Grenze zwischen »politischen« und »Kriegsführungs-Waffen« bewußt durchlässiger macht, um so den *politischen* Nutzeffekt des eigenen Drohpotentials zu steigern. (Dabei muß man sich schon hier vor »eurozentristischen« Verengungen der eigenen Sichtweise hüten: die 464 Marschflugkörper, die nach dem NATO-Beschluß in West- und Südeuropa stationiert werden sollen, nehmen sich fast noch bescheiden aus, verglichen mit den 3020 Marschflugkörpern, mit denen die strategischen B-52 Bomber der US-Air-Force ausgerüstet werden sollen und die der NATO nicht unterstehen.<sup>33</sup>)

Nicht weniger negative Folgen muß die »Nach«-Rüstung für die Entwicklung des »Gleichgewichts des Schreckens« unter dem Aspekt der nuklearstrategischen Stabilität haben. Helmut SCHMIDT, damals einer der einflußreichsten militärstrategischen Denker in der BRD, hat 1961 in seinem Buch »Verteidigung oder Vergeltung« bereits eine Reihe von Argumenten zusammengetragen, die Kritik an dem implizieren, was heute mit Cruise Missiles und Pershing II auf uns zukommen soll:

*zu 1* (Mittelstreckenraketen in Westeuropa):

»Immerhin muß aber jeder objektiv Denkende zugeben, daß die Stationierung feindlicher Mittelstreckenraketen sozusagen vor der Haustür (Türkei!) für jede Großmacht psychologisch als Provokation wirken muß; man stelle sich die amerikanische Reaktion bei einer eventuellen Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen auf Kuba vor!«<sup>34</sup>

*zu 2* (Stationierung in dichtbesiedelten Gebieten):

»Landgestützte Raketen gehören nach Alaska, Labrador, Grönland oder in die Wüsten Lybiens oder Vorderasiens, keineswegs aber in dichtbesiedelte Gebiete; sie sind Anziehungspunkte für die nuklearen Raketen des Gegners. Alles was Feuer auf sich zieht, ist für Staaten mit hoher Bevölkerungsdichte oder kleiner Fläche unerwünscht.«<sup>35</sup>

### zu 3 (Technische Perfektionierung der Mittelstreckenraketen):

»Auch der Westen muß wünschen, daß die Sowjetunion über ein unverletzliches, sicheres Gegenschlagsystem verfügt, damit sie der Versuchung enthoben ist, ihre Zuflucht zu einem unsere Städte verwüstenden vorwegnehmenden Schlag zu nehmen.«<sup>36</sup> »Die öffentliche Meinung und die Politiker (...) werden ... begreifen müssen, daß die Stabilität des nuklearen Patt, nur dann gesichert bleibt, wenn keine der beiden Mächte versucht, (...) das 'harte' (also gegen atomare Erstschläge gesicherte - WS) Vergeltungssystem des Gegners in ein 'weiches' (d.h. verwundbares - WS) System zurückzuverwandeln.«<sup>37</sup>

Angesichts dieser Argumente und angesichts dessen, daß sich SCHMIDT der Untragbarkeit eines »begrenzten« Atomkrieges für Europa bewußt war<sup>38</sup>, ist es schon einigermaßen verwirrend, daß der gleiche Politiker zum Protagonisten der sog. »Nachrüstung« wurde. Daß dieser Gesinnungswandel durch die Stationierung der SS-20 durch die UdSSR bedingt ist, kann ausgeschlossen werden.<sup>39</sup> Um aber die Zustimmung westeuropäischer Politiker zu dieser Aufrüstungspolitik zu verstehen, müssen zuerst die Ursachen der neuen US-Politik bestimmt werden.<sup>40</sup>

### III. »Exterminismus« als Erklärung der gegenwärtigen US-Außenpolitik

Ein Modell zum Verständnis dieser Entwicklung hat, wie schon erwähnt, E.P. THOMPSON vorgeschlagen. Seine Grundthese ist, daß in beiden Supermächten in der Zeit nach dem II. Weltkrieg »exterministische« Strukturen und Triebkräfte übermächtig geworden sind, die durch die ihnen innewohnende Dynamik auf den Untergang zutreiben, in den sie die gesamte »nördliche Zivilisation« mitreißen werden - wenn sie nicht noch rechtzeitig gestoppt und entmachtet werden.

Zuerst will ich diesen Erklärungsansatz in den Worten von THOMPSON selbst kurz skizzieren:

»Der Begriff des 'Exterminismus' kennzeichnet diejenigen Züge einer Gesellschaft - sie können in verschiedenen Graden in ihrer Volkswirtschaft, in ihrer politischen Ordnung und in ihrer Ideologie auftreten -, die als Schubkraft in eine Richtung wirken, deren Resultat die Auslöschung riesiger Menschenmassen sein muß. (...) Der Exterminismus bedarf zu seiner Entladung natürlich zweier tragender Kräfte, die aufeinander-prallen. Diesen Aufeinanderprall können wir jedoch nicht mehr dem Zufall zuschreiben, wenn er lange vorher sichtbar war und wenn beide treibenden Kräfte sich durch willentliche Politik darauf eingerichtet haben, den Kollisionskurs zu beschleunigen. (...)

Der Exterminismus ist ein Gebilde der gleichen Ordnung (wie Militarismus und Imperialismus - WS), seine institutionelle Basis ist das Waffensystem und der gesamte wirtschaftliche, wissenschaftliche, politische und ideologische Unterbau zur Unterhaltung dieses Waffensystems - das soziale System, das dieses Waffensystem erforscht, 'auswählt', herstellt, überwacht, rechtfertigt und in Betrieb hält.«<sup>41</sup>

Dies ist eine Beschreibung hochindustrialisierter Gesellschaften, die sehr an den älteren Begriff »militärisch-industrieller Komplex« erinnert. Von dieser Konzeption grenzt sich THOMPSON allerdings ab:

»Wenn man sie unter diesem Blickwinkel betrachtet, dann *haben* die USA und die Sowjetunion nicht militärisch-industrielle Komplexe, sondern sie *sind* militärisch-industrielle Komplexe. Der führende Sektor (die Waffensysteme und ihr Unterbau) ... prägt der Gesellschaft insgesamt seine Prioritäten auf. Er beeinflusst die Richtung des Wachstums. (...) Wissenschaftsintensive Waffensysteme zivilisie-

ren das Militär, aber zugleich militarisieren sie mehr und mehr die zivile Bevölkerung. (...) Von einem bestimmten Punkte an *brauchen* die herrschenden Gruppen eine unentwegte Kriegsgefahr, um ihre Herrschaft, ihre Privilegien und ihre Prioritäten zu legitimieren, um andere Meinungen zum Verstummen zu bringen, um soziale Disziplin zu verordnen und um die Aufmerksamkeit von der offenkundigen Irrationalität ihrer Handlungen abzulenken.<sup>42</sup>

Auf die Übertragung des Begriffs »militärisch-industrieller Komplex« auf die Sowjetunion werde ich noch zurückkommen. Zu diesem Punkt sei hier nur festgestellt, daß die Behauptung, der Exterminismus bedürfe »natürlich *zweier* tragender Kräfte« nicht stichhaltig scheint: In »Friedenszeiten« ist zwar ein äußeres Feindbild als Legitimation der staatlichen Prioritätensetzung in Richtung Rüstung vonnöten, keinesfalls aber muß dem eine tatsächliche Bedrohung entsprechen. Am deutlichsten ist dies vielleicht bei »Wettrüsten« als qualitativer »Konkurrenz«. Mary KALDOR hat den US-amerikanischen Part in dieser Auseinandersetzung mit folgenden Worten zusammengefaßt:

»Da die russischen Waffen fast immer als technisch unterlegen galten, wurden Konstruktionsverbesserungen an einem imaginären Feind gemessen. Auf ein derart subjektives Verfahren lief im Kern die 'Analyse des schlimmsten denkbaren Falles' hinaus.«<sup>43</sup>

Als Maßstab für die Fähigkeiten dieses »imaginären Feindes« gelten dabei die eigenen – angestrebten – Kapazitäten, die dem Feind ebenso zugesprochen werden wie das Vermögen, dagegen wiederum wirksame Gegenmittel zu finden. Selbstverständlich läßt sich dieses autistische Verfahren endlos fortsetzen, ohne daß es jemals einer tatsächlichen Bedrohung von außen bedürfte (obwohl diese natürlich als Legitimationsgrund gegenüber dem Steuerzahler nützlich ist).<sup>44</sup>

Ebenso einseitig kann die Entladung dieser »exterministischen Kräfte« in einem Nuklearkrieg erfolgen. Die USA haben 1945 gezeigt, daß ihre Führung in bestimmten Situationen zu einem Einsatz von Nuklearwaffen selbst gegen eine Nicht-Nuklearmacht bereit ist und daß ein solcher Einsatz, wenn er nur propagandistisch hinreichend vorbereitet ist, innenpolitisch zu verkräften ist. Seit Bestehen der NATO existiert die Drohung gegenüber der Sowjetunion, daß ein konventioneller Angriff mit einem nuklearen Erstschatz beantwortet würde. Entsprechend vorbereitet (ihre Fähigkeit dazu haben die USA im »Tonking-Zwischenfall« 1964 unter Beweis gestellt) und ohne mit der Angst agieren zu müssen, das Signal zum eigenen Untergang zu geben, sehe ich keinen prinzipiellen Grund, der eine einseitige exterministische Aktion ausschließen würde.

Was leistet die Exterminismus-Konzeption für ein Verständnis des Wandels in Politik und Strategie der USA? Thesenhaft läßt sich in diesem Punkt THOMPSONs Erklärungsmuster so zusammenfassen:

1. Zum bestimmenden Motor gesellschaftlicher und politischer Entwicklung ist das Militärwesen im weitesten Sinne dieses Wortes geworden, das dem Rest der Gesellschaft seinen Stempel aufdrückt. Im Unterschied zu der älteren Konzeption vom »militärisch-industriellen Komplex« ist nicht nur davon auszugehen, daß Rüstungsindustrie und Militär als *pressure group* die politischen Entscheidungen in ihrem Interesse beeinflussen und deformieren, sondern daß diese Interessen gesamtgesellschaftlich dominierend geworden sind.
2. In den beiden Supermächten sind »isomorphe« Strukturen dominant, exterministische Strukturen, deren Wechselspiel die Dynamik der Entwicklung der industrialisierten Gesellschaft bestimmt.

3. Kulminationspunkt der Konfrontation dieser »Exterministen« auf beiden Seiten ist dort, wo sie sich unmittelbar gegenüberstehen – Europa.

Kritisch ist als erster Punkt festzustellen, daß in THOMPSONs Argumentation der Umschlagspunkt in der Entwicklung des US-amerikanischen Systems, der Transformation des »militärisch-industriellen Komplexes« aus Militär, Rüstungsindustrie, Ideologen und ihnen verpflichteten Politikern von einer »pressure group« (dessen Existenz wohl kaum jemand ernsthaft leugnen wird) zur Grundstruktur des Systems selbst, nicht auszumachen ist. Gerade hinsichtlich der von THOMPSON unterstellten bipolaren Struktur des exterministischen Systems wäre eine solche Periodisierung aber notwendig: der »Kalte Krieg« ist nämlich sehr viel älter als der US-amerikanische militärisch-industrielle Komplex<sup>45</sup>, er beginnt im Grunde mit der Oktoberrevolution 1917 und der Weigerung der US-amerikanischen Führung, das Resultat dieser Revolution als legitimes Element der internationalen Ordnung zu akzeptieren.<sup>46</sup> Schon von daher scheint es eher plausibel, daß beidem – »Kaltem Krieg« wie »militärisch-industriellem Komplex« – ein gemeinsames Drittes zugrunde liegt, das in der sozio-ökonomischen Struktur der US-Gesellschaft zu suchen ist. Zweitens ist der Charakter der Systemtransformation selbst recht unklar. Was heißt es, daß die Waffensysteme und ihr Unterbau der Gesellschaft ihre »Prioritäten aufprägen«, sie die »Richtung des Wachstums beeinflussen«? Es soll sich dabei ja um mehr handeln als das Wirken einer machtvollen »pressure group«. Zugleich aber soll dies keine neue Produktionsweise konstituieren.<sup>47</sup> So ist dieses Argument nur in negativer Hinsicht verständlich: Es habe sich innerhalb der US-Gesellschaft ein auf Vernichtung spezialisierter Sektor breit gemacht und den Staat in seine Gewalt bekommen, dessen Handeln nicht mehr aus der Struktur dieser Gesellschaft, den Gesetzmäßigkeiten ihrer kapitalistischen Ökonomie verständlich ist, sondern der davon unabhängig agiert, keiner Rationalität und keinem Interesse verpflichtet als dem eigenen immanenten Drang zur allumfassenden Vernichtung.<sup>48</sup> Wer aber versucht, diese Vernichtungsdynamik in irgendeiner Form rational zu erklären – sei es durch Interpretation des »Wettrüstens« als Wechsel von Aktion und Reaktion, sei es als Instrument in der Realisierung von Machtbedürfnissen und Herrschaftsinteressen –, der hat diese neue Qualität nicht begriffen, verniedlicht im Grunde die Gefahr, denn kein Mensch – auch kein führender Politiker – würde seine eigene Vernichtung bewusst, rational planen – dennoch aber steht die Vernichtung der »nördlichen Zivilisation« bevor.<sup>49</sup> Am unmißverständlichsten haben diesen Gedanken wohl BAHRO und VESTER, die von THOMPSONs Analyse ausgehen, formuliert:

»Endgültig zur *Quelle falschen Bewußtseins* geworden und zum Medium einer sterilen Entlarvungspolemik verkommen aber *ist die Reduktion der Rüstungsursachen auf rational ableitbare Kapital- und Machtinteressen.*«

Gemeint ist hier *nicht*, worüber kein Dissens bestehen würde, daß der Massenloyalität gegenüber einer Aufrüstungspolitik pathologische Lernprozesse zugrunde liegen, gespeist sowohl aus konkreten historischen Erfahrungen wie aus geradezu paranoiden Wahnvorstellungen hinsichtlich der »Bösartigkeit« des Feindes.<sup>50</sup> Gemeint ist von BAHRO und VESTER vielmehr das Denken und Handeln der Herrschenden selbst:

»Vernünftig ihren Interessen folgend, können auch die Angehörigen und Beaufragten herrschender Klassen nicht auf den modernen Krieg setzen, in dem sie aller Wahrscheinlichkeit nach selbst mit ausgerottet werden.«<sup>51</sup>

Natürlich wird sich gerade heutzutage niemand gerne den Schuh anziehen, er hänge einer reduktionistischen Theorie politischer Prozesse an. Daß aber »rational ableitbare Macht- und Kapitalinteressen« die Haupttriebkraft der zur Diskussion stehenden Aufrüstungspolitik sind, scheint mir durch dieses Argument keinesfalls widerlegt. Stichhaltig ist dieses Argument nämlich nur solange, wie man den Unterschied zwischen »politischen Waffen« und »Kriegsführungs-Waffen« (s.o. Abschn. I.) ignoriert. Dieser Unterschied ist aber für das Verständnis der gesamten nuklearen Aufrüstungspolitik fundamental: Nukleare Waffen sind »politische Waffen«, und als politische Waffen zielt ihre Anhäufung, Perfektionierung und Stationierung darauf, den Preis für ihren *Nichteinsatz* hochzuschrauben. Dieser Preis kann umso höher getrieben werden, je glaubwürdiger ihr Einsatz angedroht wird. Daraus folgt erstens, daß das Kalkül mit dem Atomkrieg (das eben ein Kalkül mit der *Drohung* mit diesem Krieg darstellt) der »rationalen« Verfolgung von Herrschaftsinteressen *nicht* widerspricht. Deshalb wäre ein Appell an die Vernunft, an die eigenen Interessen der »Angehörigen der Herrschenden Klassen«, von ihrem verderblichen Weg in den Untergang um ihrer selbst willen abzulassen, vergeblich. Da zweitens die Grenze zwischen Drohung und tatsächlichem Einsatz zwar hoch aber nicht absolut ist ( und auch *gar nicht absolut sein kann*) und sinkt, wenn derjenige, der den Einsatzbefehl gibt, meinen zu können glaubt, es sei möglich, sich und sein Land herauszuhalten, ist die gegenwärtige Periode, die aktuelle Aufrüstungspolitik, dennoch außerordentlich gefährlich.

Gibt es aber überhaupt einsehbare Gründe für die gegenwärtige US-Politik? Daß all die US-Konzerne, die in der Waffenproduktion engagiert sind, an weiterer Aufrüstung interessiert sind, versteht sich von selbst, erklärt aber kaum etwas, da der entscheidende Punkt ja ist, eine Antwort auf die Frage zu geben, wieso eine Politik betrieben wird, die den Interessen dieser Konzerne entspricht. Ebenso schiene mir der Nachweis personeller Verflechtungen zwischen der gegenwärtigen Administration und der Rüstungsindustrie (wie sie etwa in Gestalt der Herren HAIG und WEINBERGER unübersehbar ist) zu kurz zu greifen: dies erklärt weder die Kontinuität der neuen Politik noch warum die gegenwärtige Regierung überhaupt ans Ruder kommen konnte. D.h. die Frage ist so zu stellen: Läßt sich die gegenwärtige US-Politik als »rationaler« Ausdruck der in dieser Gesellschaft herrschenden Interessen interpretieren? Ich werde mir die Sache relativ einfach machen und den Strategen dieser Politik die Antwort überlassen. Da die Umorientierung der US-Außenpolitik noch unter CARTERS Sicherheitsberater BRZEZINSKI begann, ist es angebracht, erst diesen Herren zu Wort kommen zu lassen. Nach seiner Auffassung stehen die USA vor drei »Krisen«:

- »Einer *strategischen Krise*, die darin besteht, daß die Sowjets militärisch ähnlich stark sind wie wir oder auf einigen Gebieten möglicherweise überlegen.«
- Einer »*geopolitischen Krise*«, »insofern als, nach Westeuropa und dem Fernen Osten, in den letzten Jahren eine dritte Zone von lebenswichtiger strategischer Bedeutung für die Vereinigten Staaten aufgetaucht ist: der Persische Golf und der Mittlere Osten.«
- Einer »*globalen Krise*«, die darauf zurückgeht, daß »wir (nach den beiden Weltkriegen und der Großen Depression) überall auf der Welt eine gewaltige Emanzipation erlebt (haben), nur ist kein neues internationales System entstanden, das die frühere Konzentration politischer, finanzieller und wirtschaftlicher Macht und vor allem in Westeuropa abgelöst hätte.  
... die Folge all dieser Entwicklungen ist weniger die Gefahr einer 'pax sovetica' - die Sowjetunion ist meines Erachtens zu schwach, um die Welt zu beherrschen - als die Gefahr globaler Anarchie, welche die Sowjets, obgleich das kurzfristig wäre, sehr wohl versuchen könnten, für sich zu nutzen, die sie aber in jedem Fall anheizen würden.«<sup>2</sup>

Es will mir nicht recht einleuchten, daß das bestimmende Moment dieser drei »Krisen« die »strategische Krise« sein soll, wie dies aus einem Exterminismus-theoretischen Interpretationsansatz folgen würde. Wäre es nicht einleuchtender anzunehmen, in diesem Krisengefühl äußern sich die sehr realen Erfahrungen der Niederlage in Indochina und der Verlust des iranischen Verbündeten, die Unkalkulierbarkeit der weiteren Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten – mit allen entsprechenden Folgen für die westliche Ölversorgung, der Zusammenbruch des Restimperiums des portugiesischen Verbündeten in Afrika, der Umsturz in Rhodesien und die wachsende Labilität des südafrikanischen Verbündeten, die Zunahme innerer Unruhen in Mittelamerika und die Unfähigkeit der Multinationalen Konzerne und ihrer staatlich-militärischen Bündnispartner, in Lateinamerika Herrschaftssysteme einzurichten, die eine Synthese von US-Interessen, Entwicklung und Sozialintegration leisten würden? Wenn das aber der Fall wäre, erhielte die Rede von der »strategischen Krise« nicht eine andere Bedeutung? Lassen wir noch einmal BRZEZINSKI zu Worte kommen. Er begründet den Erlaß der oben zitierten »Direktive 59« mit folgenden Worten:

»... ich ging davon aus, daß unsere bisherige Doktrin der gegenseitig garantierten Zerstörung nur so lange Sinn machte, wie wir den Sowjets eindeutig überlegen waren. Wir konnten sie durch diese Doktrin abschrecken, denn in der Praxis bedeutet sie: Wir werden euch vernichten, aber ihr könnt uns nicht vernichten. Als die Lage ausgeglichener wurde, verlor die Doktrin langsam an Glaubwürdigkeit ...«<sup>53</sup>

Wovon aber wollte BRZEZINSKI sie abschrecken? Er findet darauf, zumindest in diesem Interview, außer recht wirren Reden über »sowjetischen Expansionismus«<sup>54</sup>, keine Antwort. Klarere Worte fand hier der jetzige US-Außenminister HAIG in seiner Anhörung vor dem US-Senat. Auf der Frage nach der »Tagesordnung« seiner geplanten außenpolitischen Aktivitäten, d.h. nach seiner Prioritätenliste, erläuterte er – nach der Erwähnung von Polen und Afghanistan – »die Probleme der Dritten Welt«:

»... die Probleme der sich entwickelnden Staaten, die Notwendigkeit zum Aufbau eines sinnvollen Verhältnisses mit ihnen und zur verbesserten Anstrengung bei der Befriedigung der dringlichsten menschlichen Ansprüche dieser Völker und Entwicklungsländer – all dies fordert zumindest eine gegenseitige Vereinbarkeit der Politik. *Vor allem aber müssen wir hierbei die Unruhe besser in den Griff bekommen* sowie die Bedingungen, die diese Unruhe bewirken und die einen so guten Nährboden für Einwirkungen von außen abgeben.«<sup>55</sup> (Hvb. WS)

Wer hoffte, daß der Hinweis auf »menschliche Ansprüche« und auf »Bedingungen« innerer Unruhen ein gewisses Maß an Einsicht, im hierzulande gängigen Sinne dieses Begriffs, signalisiert, müßte freilich bitter enttäuscht werden. Bei dem Außenminister eines Präsidenten, dessen Favoriten in der Dritten Welt ein formidables Gruselkabinett abgäben<sup>56</sup>, kann es wohl auch schwerlich anders sein.

»In diesem Zusammenhang stellt meiner Meinung nach die Zunahme des weltweiten Terrorismus ein immer dringlicheres Problem dar, dem sich die Länder des Westens zuwenden müssen.«<sup>57</sup>

Unter »Terrorismus« blickt Mr. HAIG dabei die »sogenannten Befreiungsarmeen«.<sup>58</sup> Die Frontstellung gegen die UdSSR steht in diesem Zusammenhang:

»Ich möchte hier noch anmerken, daß ein weiteres Thema, das hiermit in engem Zusammenhang steht – in der Durchführung sowjetischer Aktivitäten und hinsichtlich der Ausbildung, der finanziellen Unterstützung und der Ausrüstung – der internationale Terrorismus ist. Der internationale Terrorismus wird den Platz der Menschenrechte einnehmen, in unserer Besorgnis, weil er das Äußerste an Mißachtung der Menschenrechte darstellt.«<sup>59</sup>

Ob HAIG selbst daran glaubt, daß »in der ganzen Dritten Welt laufend sowjetisch unterstützte Aufstände zu verzeichnen sind«<sup>60</sup>, ist ziemlich irrelevant. Entscheidend ist, daß hier – in sehr viel groberen Worten als BRZEZINSKI's Rede von der »globalen Krise« – ein Programm formuliert wird:

1. Aufrechterhaltung der repressivsten Regime in der Dritten Welt, da sie am ehesten den Erhalt US-amerikanischer »Interessen« zu garantieren scheinen und keine Experimente mehr mit politischer Liberalisierung, wie sie teilweise noch CARTER's »Menschenrechtskampagne« darstellte.<sup>61</sup>
2. Konsequente militärische Unterdrückung von Befreiungsbewegungen, wobei offen gelassen wird, ob dieses Engagement bis hin zu direkten Interventionen der USA reicht.<sup>62</sup>
3. Wo es zum Aufstand oder gar zur siegreichen Revolution kommt, Abschirmung des befreiten Terrains von der Kooperation mit der Sowjetunion, indem die UdSSR zum »Wohlverhalten« gezwungen werden soll.

Im 3. Punkt scheint mir die »Lehre von Vietnam« zu liegen, die diese Administration, die auf einflußreichen Positionen von ehemaligen »Nixon-Leuten« gestellt wird (so A.M. HAIG, R. ALLAN, W.R. VAN CLEAVE und M. ANDERSON)<sup>62</sup>, gezogen hat. Vielleicht noch deutlicher wird dieser Zusammenhang von Interventionspolitik in der »Dritten Welt« und dem Versuch, Befreiungsbewegungen dadurch zu schwächen, daß die UdSSR »neutralisiert« wird, in den Perspektiven, die für die Golfregion entwickelt werden.<sup>64</sup> Schon das Wahlprogramm der Republikaner hatte postuliert:

»Die Republikaner sind der Auffassung, daß die Wiederherstellung von Ordnung und Stabilität in dieser Region (Naher Osten, Persischer Golf – WS) auf der Erkenntnis der inneren Beziehung zwischen sowjetischen und radikalen palästinensischen Zielen, den fundamentalen Erfordernissen einer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung und der Vermarktung der Ressourcen des Gebietes und der zunehmenden Gärung unter radikalen islamischen Gruppen basieren muß. Die Republikaner sind der Überzeugung, daß eine kluge und glaubwürdige amerikanische Politik klarmachen muß, daß unser größtes Anliegen die langfristige friedliche Entwicklung aller Staaten der Region ist und nicht lediglich eine Ausbeutung ihrer Ressourcen im eigenen Interesse.«<sup>65</sup>

HAIG wird in diesem Punkt, nach den Perspektiven der NATO befragt, noch etwas deutlicher:

»Während der viereinhalb Jahre, die ich bei der NATO diente, habe ich immer wieder und mit großem Nachdruck die Aufmerksamkeit unserer Partner darauf gelenkt, daß die Gefahren, denen sich das Bündnis gegenüber sieht, nicht mehr nur auf das zentrale Gebiet von NATO-Europa beschränkt seien, daß wir vermutlich vor Problemen in den Entwicklungsländern, wie zum Beispiel dem Zugang zu Rohstoffen, stehen würden, also nicht nur ausschließlich Erdöl, sondern lebenswichtigen Mineralien. Damit erweitert sich der Brennpunkt unserer Besorgnisse nicht nur auf das Golfgebiet, sondern auf den gesamten afrikanischen Kontinent.«<sup>66</sup>

Auf die Frage, was geschehen sollte, wenn sich die europäischen NATO-Verbündeten in diesem Punkt als harthörig erweisen würden, antwortet HAIG:

»Sollte dies nicht geschehen (US-amerikanisch-westeuropäisch-japanische: »Konsensus«), so meine ich, müßten wir als Nation bereit sein zu handeln – selbst wenn dies einseitig wäre – um den Zugang zu diesen lebenswichtigen Ressourcen sicherzustellen.«<sup>67</sup>

Da inzwischen kaum mehr ein Tag vergeht, ohne daß neue Ungeheuerlichkeiten dieser Art in der Tagespresse zitiert werden, kann auf eine weitere Illustration dieses Denkmusters verzichtet werden. Die Quintessenz ist außerordentlich einfach: Um die Unruhe in der

»Dritten Welt« unter Kontrolle zu bekommen, die »amerikanische Interessen« gefährdet, wollen sich die USA alle »Optionen« bis hin zur direkten militärischen Intervention offen halten. Um den Gegner, die »terroristischen« Befreiungsbewegungen, zu schwächen und ein ähnliches Desaster wie in Vietnam zu vermeiden, soll ihnen der Nachschub abgesperrt werden. Um einen hierbei hinderlichen »Mangel an Zurückhaltung seitens der Sowjetunion«<sup>68</sup> zu beseitigen, soll sie nuklear erpressbarer gemacht werden.<sup>69,70</sup>

Die Einrichtung der »Rapid Deployment Force«, der neuen »Eingreiftruppe« der USA, und die Vorbereitung der Aufrüstung mit Mittelstreckenraketen fallen nicht nur zeitlich zusammen,<sup>71</sup> sie sind einander ergänzende Teile einer einheitlichen militärstrategischen Konzeption. Das republikanische Wahlprogramm fordert in diesem Punkt:

»Eine wirkungsvollere Strategie muß sich auf zwei Pfeiler gründen: einmal auf Unterhaltung einer begrenzten Anwesenheit auf Dauer in dem entsprechenden Gebiet (zuvor wird der Persische Golf erwähnt – WS) ... verbunden mit der sichtbaren Fähigkeit, diese Präsenz rasch durch die zum Sieg notwendigen Streitkräfte zu verstärken; zum anderen muß diese Strategie auch militärisch Maßnahmen an anderer Stelle ins Auge fassen – an Punkten, wo die Sowjetunion verletzbar ist.«<sup>72</sup> (Hvh. WS)

#### *IV. Die Kollaboration der europäischen NATO-Partner*

Die Frage, warum sich die europäischen NATO-Mitglieder, mehr oder weniger zögernd, an dieser Politik beteiligen, ist damit freilich noch nicht vollständig geklärt. Die »Exterminismus«-These liefert dafür keine Erklärung – begründet sie das »Wettrüsten« doch aus Strukturveränderungen in den beiden Supermächten, die gewiß nicht umstandslos auf die europäischen Länder übertragen werden können (so nimmt sich etwa der Rüstungssektor der BRD, der europäischen NATO-Führungsmacht, vergleichsweise bescheiden aus). Da er die Rüstungspolitik als direkte Vorbereitung eines Krieges, der Europa vernichten würde, versteht, scheint THOMPSON die Zustimmung der westeuropäischen NATO-Politiker »unerklärlich«.<sup>73</sup> BAHRO und VESTER sprechen metaphorisch vom »Zauberlehrling, der die gerufenen Geister nicht mehr zum Einhalten bewegen kann.«<sup>74</sup>

An diesem Argument ist soviel richtig, als auch hier eine historische Analyse der Entwicklung der NATO-Politik noch aussteht, die davon auszugehen hätte, daß die Gründung der NATO (anders als nach dem I. Weltkrieg) den Verbleib von US-Truppen auf europäischem Boden garantierte und daß die stärkste europäische Macht in diesem Bündnis – bis zur Einleitung der BRANDT'schen Ostpolitik – territoriale Ansprüche gegenüber dem Warschauer Pakt erhob.<sup>75</sup> An dieser Stelle sei nur daran erinnert, daß seit dem Übergang zur »flexible response« als offizieller NATO-Doktrin, (USA: 1962, NATO: 1967) ein auf Europa begrenzter, »taktisch« geführter Nuklearkrieg von den NATO-Strategen konzeptionalisiert wurde.

Erklärt werden muß beides: Warum sich die europäischen NATO-Mächte seit wenigstens 15 Jahren mit einer solchen Doktrin einverstanden erklärt haben, ja, sie sogar gefordert haben, und warum sie zu einem erheblichen Teil auch jetzt mitziehen. Und, warum dieser neue Rüstungsschritt – nach mehr als zwanzig Jahren Ruhe – jetzt plötzlich doch Widerstand auslöst, der bis in die Ränge der Generalität und europäischer Spitzenpolitiker hineinreicht.

Eine Antwort auf die erste Frage ist nicht in wenigen Sätzen zu geben. Grundlegend aber scheinen mir folgende Gesichtspunkte:

1. Die Annahme, eine konventionell überlegene UdSSR sei von ihren expansiven Gelüsten in Richtung Westen durch konventionell bewaffnete westeuropäische Mächte allein nicht abzubringen. Deshalb sei ein »atomarer Schild« der USA vonnöten. Gerade wenn, wie zuvor argumentiert wurde, die Rede von der sowjetischen »Bedrohung« wahrscheinlich auf einer Fiktion basierte, (an die gleichwohl viele Politiker ernsthaft geglaubt haben mögen) war es umso leichter, sich auf dieses Spiel einzulassen: Es konnte dann so scheinen, als ob der Preis für diese nukleare Drohhpolitik nie bezahlt werden müßte.
2. Für die innergesellschaftliche Integration war die Annahme einer sowjetischen Bedrohung auf jeden Fall von Nutzen.
3. Für die BRD bestand hier eine besondere Situation: einerseits wegen der fortbestehenden Territorialansprüche, die militärisch niemals allein einzulösen gewesen wären, andererseits wegen der tatsächlichen Bedrohung Westberlins, dessen Vereinnahmung mit der Blockade 1948 geprobt wurde und das allein durch die BRD schwerlich zu halten gewesen wäre.
4. Für die europäischen NATO-Partner bot die Einbindung von BRD und USA in ein gemeinsames Bündnis die Möglichkeit, die wiedererstarkende BRD unter Kontrolle zu halten. Durch das Entscheidungsmonopol der USA hinsichtlich des Einsatzes der Nuklearwaffen wurde diese Schwächung der Rolle der BRD abgestützt.
5. Im Rahmen dieser Konstellation bot – angesichts des nuklearstrategischen »Patts« der beiden Supermächte seit Anfang der 60er Jahre – nur eine Ausrichtung auf einen »begegnungs-«, »taktischen« Einsatz der Nuklearwaffen ein auch gegenüber dem Feind glaubwürdiges und damit überhaupt erst effektiv politisch einsetzbares Drohpotential.

Aus den zuvor erläuterten Gründen war auch das schon ein Spiel mit dem Feuer, und entsprechende Reibungsverluste waren damals schon zu verzeichnen: Frankreich entzog seine Streitkräfte dem NATO-Oberbefehl und baute eine eigene Atomstreitkraft auf, umgekehrt verweigerten die NATO-Staaten Dänemark und Norwegen ihre Zustimmung zu einer Stationierung von Atomwaffen auf ihrem Boden (in Friedenszeiten). Dennoch ging insgesamt die nukleare Aufrüstung in den letzten zwanzig Jahren relativ reibungslos über die Bühne. Was also hat sich geändert? Erstens scheinen die nun geplanten Waffen für einen Angriffskrieg geeignet. Damit droht – wie gezeigt – eine Verwandlung der »politischen Waffen« in »Kriegsführungs-Waffen«, des politischen Pokers in einen Vernichtungskrieg. Zweitens steht diese Aufrüstung eben im Zusammenhang des Versuchs der USA, auf globaler Ebene weitere, ihren Interessen abträgliche, soziale und politische Umwälzungen zu verhindern. Teilen die europäischen NATO-Mächte auch dieses grundsätzliche Interesse, so schließt das doch weder ökonomische und politische Rivalitäten noch einen Streit über die effektivsten Methoden zur Realisierung der eigenen Interessen aus. Aber selbst dort, wo Interessendifferenzen nicht gesehen oder geleugnet werden, muß eine gewisse Arbeitsteilung nicht ausgeschlossen werden. Ein repräsentativer Vertreter der letzteren Position ist der für den bundesdeutschen Beitrag zur NATO verantwortliche Dr. Hans APEL. Auf einer »Wehrkundebegegnung« im Februar 1981 präsentierte er unter dem Titel »Sicherheitspolitik in den achtziger Jahren«<sup>76</sup> folgende Überlegungen:

1. »Die Interessen der NATO-Staaten an Stabilität in der Dritten Welt sind gleichgerichtet. Schon die wirtschaftliche Verflechtung begründet gemeinsame Zielsetzung.«

2. »Für ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland, dem drittgrößten Verbraucher von Rohstoffen in der westlichen Welt, zu nahezu 100 Prozent importabhängig nicht nur bei Erdöl, sondern zum Beispiel auch bei Eisenerz, Kupfer, Zinn, Aluminium, würden bereits geringfügige Ausfälle erhebliche Störungen der Volkswirtschaft und die Gefährdung von Millionen von Arbeitsplätzen bewirken können.«
3. »Unüberschaubar wurde (...), daß wir uns nicht mit Selbstverständlichkeit auf das Fließen der Ölquellen verlassen können.« »Die Entwicklung in der Dritten Welt berührt zunehmend unsere Sicherheit.« »Schon die achtziger Jahre werden bestimmt sein von Verteilungskämpfen um knapper werdende Ressourcen.«
4. »Die sowjetische Stärke in Europa ist deutlich gewachsen und wächst weiter.«
5. »Die Sowjetunion setzt ihre Expansionspolitik in Teilen der Dritten Welt fort.«

Diese Argumentation ähnelt in ihrem Grundmuster dem Weltbild, wie es von HAIG und BRZEZINSKI verbreitet wird: Ausgehend von der – unzweifelhaft richtigen – Feststellung, daß alle NATO-Staaten vom Import von Primärprodukten abhängig sind, wird gefordert, soziale Strukturen und politische Systeme in der »Dritten Welt« aufrechtzuerhalten, die für 17,3 % der Weltbevölkerung<sup>77</sup> etwa in der Erdölversorgung einen Anteil von 64 % am Weltverbrauch (1985) sichern sollen.<sup>78</sup> Eine weltwirtschaftliche Situation soll aufrechterhalten werden, die den – in der Tat bei mineralischen Rohstoffen extrem importabhängigen<sup>79</sup> USA und der EWG einen Metallverbrauch (1975) im Werte von 200 bzw. 120 Dollar pro Kopf im Jahr garantiert, während sich Afrika und Asien mit einem Pro-Kopf-Verbrauch von 4 bzw. 8 Dollar zu begnügen haben.<sup>80</sup>

Neben dem gleichlaufenden Interesse an der Stabilisierung dieser Verhältnisse<sup>81</sup> sind sich die NATO-Partner auch darin einig, daß

»die Gefahr (besteht), daß durch die Dritte-Welt-Politik der Sowjetunion langfristig die Lebensinteressen des Westens bedroht werden und der Ost-West-Gegensatz dem Nord-Süd-Gegensatz aufgestülpt wird.«<sup>82</sup>

Natürlich ist dies eine groteske Verkehrung der Tatsachen, angesichts einer US-Regierung, die hinter jedem nationalistischen Demokraten einen sowjetischen Agenten zu sehen vorgibt. Aber es handelt sich hier keinesfalls um eine vorsichtige Distanzierung von HAIG u.a., denn APEL fährt, unmittelbar daran anschließend, fort:

»Für unsere Sicherheitspolitik hat das ... Konsequenzen:

Um der Erhaltung des Friedens in der Welt willen wird der sowjetischen Führung zunächst durch *militärische Handlungsfähigkeit* deutlich signalisiert werden müssen, daß eine solche Politik für den Westen nicht akzeptabel und jedenfalls auf Dauer für die Sowjetunion mit *nicht kalkulierbarem Risiko* behaftet ist.« (Hvb. – WS)

Hinsichtlich der beiden Grundpfeiler der neuen US-Außenpolitik: Interventionspolitik und »Neutralisierung« der Sowjetunion durch gestärkte militärische Macht, besteht also gerade im zweiten Teil, der für die »Nachrüstung« entscheidend ist, weitgehende Übereinstimmung. Die Differenzen beziehen sich nur auf die Methodik der Sicherung von »Stabilität« in der »Dritten Welt«:

»Die Vermeidung und gegebenenfalls Beherrschung von Konflikten in der Dritten Welt, die Sicherstellung der Rohstoffversorgung der Welt (gemeint ist wohl: der »Ersten Welt« – WS) sind in erster Linie politische und keine militärischen Probleme. Es wäre auf Dauer unmöglich, etwa die Ölversorgung der westlichen Industrieländer mit militärischen Mitteln zu sichern.«<sup>85</sup>

Letzteres Argument ist wohl richtig: Es ist schwer vorstellbar, wie Westeuropa, das über zwei Drittel seiner Erdölimporte aus dem Mittleren Osten bezieht (1978 414 Mill. t), seine Versorgung noch aufrechterhalten könnte, wenn diese Region in Bürger- und Interventionskriegen versinken sollte. Die USA sind hier materiell in einer sehr viel günstigeren Lage und können entsprechend freier zwischen verschiedenen »Optionen« wählen.<sup>84</sup> Daß sich APEL generell gegen eine Ausweitung des »NATO-Vertragsgebiets« wendet,<sup>85</sup> bedeutet darüber hinaus wohl nicht nur ein Akzeptieren der Rolle der USA als »Weltsheriff« und Einsicht in die – historisch bedingt – äußerst beschränkte militärische Handlungsfähigkeit der BRD auf internationaler Ebene, sondern signalisiert auch andere Erfahrungen: Der Welthandelsanteil der EWG-Staaten hat sich auch ohne militärische Abenteuer (sieht man von kleineren französischen und britischen Aktionen ab) kontinuierlich steigern lassen. Von dieser Politik abzugehen und direkt in das schmutzige Geschäft der Interventionskriege einzusteigen, birgt viele Gefahren, auch für die innere Stabilität im eigenen Land, während der Gewinn ungewiß ist. Freilich kann auf solche Aktionen nicht ganz und für alle Zukunft verzichtet werden (die EWG-Strategie der Einflußsicherung durch ökonomische und politische Kooperation soll – so APEL – »in erster Linie«, also nicht ausschließlich, betrieben werden).<sup>86</sup> Somit sind die EWG-Staaten dem Bündnis mit den USA verpflichtet: Deren militärische Rolle in der Weltpolitik können sie nicht übernehmen, auf die Ergebnisse ihrer Politik aber sind sie angewiesen. Dieser Service hat seinen Preis: Treue zur »atlantischen Gemeinschaft«, der Schutz des europäischen Frontabschnitts, die Übernahme von »Verteidigungslasten«. Die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen ist ein Teil dieser Bündnisverpflichtungen. Solange diese »taktischen« Nuklearwaffen als reines Drohpotential eingesetzt werden (wie das während der letzten 15 bzw. 25 Jahre der Fall war), mag den politischen Führungen dieser Preis nicht zu hoch erscheinen. Mit der spezifischen Qualität dieser Waffen, in Händen einer US-Führung, die ihre militärische Überlegenheit voll ausreizen möchte, droht jedoch die Grenze zwischen »politischen« und »Kriegsführungs-Waffen« überschritten zu werden. Daß aber diejenigen, deren gesamte Politik von der gegebenen Struktur der Weltwirtschaft und der strategischen Situation abhängt, das als letzte merken, ist nicht verwunderlich.

THOMPSON und BAHRO arbeiten praktisch daran, diesen Prozeß des Umdenkens durch Druck von außerhalb der Institutionen, von der »Basis« her, zu erzwingen. Freilich müßten die »offiziellen politischen Kräfte Westeuropas« nicht nur zum Gebrauch ihrer Verstandeskkräfte getrieben werden,<sup>87</sup> sondern auch dazu, auf die Realisierung bestimmter Interessen zu verzichten. Auch ist, »gerade bei näherem Hinsehen«, keineswegs »die Blockkonfrontation in der nördlichen Hemisphäre mit ihrer Konsequenz, dem Wettüsten, ... das Weltproblem Nr. 1« (wie BAHRO<sup>88</sup> annimmt), sondern diese Konfrontationslinie ist ein abgeleitetes Problem: Abgeleitet aus der Stellung des kapitalistischen Europa in einer Weltwirtschaftsordnung, die nur durch Gewalt aufrechtzuerhalten ist. Diesem Problem müssen sich diejenigen stellen, die ein »neutrales«, »blockfreies« Europa fordern, denn nur dann ist es möglich, Perspektiven für ein solches Europa, das die größte Wirtschaftsmacht der Welt bilden würde,<sup>89</sup> positiv anzugeben. Konkreter gesprochen – bezogen auf jenen Konflikt, der das Denken der westeuropäischen wie der US-Außenpolitiker zunehmend beherrscht: die Stabilität der westlichen Ölversorgung aus dem Gebiet um den Persischen Golf – gilt es eine Politik zu entwickeln, die alternativ zu der sich abzeichnenden NATO-Strategie steht. Seit dem Umsturz in dem Lande ihres stärksten und verlässlichsten Bündnispartners in dieser Region, dem Iran, Anfang des Jahres 1979, bereiten sich die USA darauf vor, direkt mi-

litärisch zu intervenieren, wenn sich eine solche Entwicklung – etwa in Saudi-Arabien – wiederholen sollte. Der Aufbau der »Eingreiftruppe« (Rapid Deployment Force) wurde wenige Monate nach dieser Revolution (noch *vor* der sowjetischen Intervention in Afghanistan) konkret in Angriff genommen, explizit mit dem Ziel, eine weitere Schmälerung »westlicher« Interessen nicht mehr hinzunehmen. So wird ein neues Vietnam vorbereitet, wobei die Militärs, die das planen, den potentiellen Gegner von vornherein dadurch schwächen möchten, daß ihm das Hinterland (in diesem Falle statt China nun die Sowjetunion) abgeschnitten wird – durch eine Kombination von politischem und militärischem Druck.<sup>90</sup> Dieser Krieg, wenn es zu ihm kommen sollte, wird auch im »westeuropäischen Interesse« geführt werden. Durch Stärkung der NATO in Zentraleuropa, durch Mittelstreckenraketen-Aufrüstung und durch Subventionierung der türkischen Militärdiktatur leisten die westeuropäischen Regierungen zur Vorbereitung dieses Konflikts ihren Beitrag. Zugleich fürchten sie ihn (zu Recht) und versuchen, ihn durch eine zaghafte eigene Nahostpolitik hinauszuzögern, vielleicht gar zu verhindern oder doch wenigstens in seinen Auswirkungen abzuschwächen. Daß letzteres möglich ist, zeigt gerade das Beispiel Libyen; daß umgekehrt eine Sicherung der westeuropäischen Ölversorgung mit militärischen Mitteln eine Unmöglichkeit ist, scheint selbst dem hiesigen Verteidigungsminister klar zu sein (nicht aber Politikern der CDU/CSU).<sup>91</sup> Konsequenz daraus: Die Sicherung »westeuropäischer Interessen« erfordert eine viel umfassendere Lösung von der US-Außenpolitik als nur die Verhinderung der Stationierung der neuen Raketensysteme.

#### *V. Die Sowjetunion – eine »exterministische Macht«?*

Bisher war von der Sowjetunion fast nur in Form des Objekts und des »Buhmanns« die Rede. Der dafür wesentliche Grund ist, daß die Interpretation der Zuspitzung der internationalen Lage in den letzten drei Jahren als Dynamik der »exterministischen« Triebkräfte, die die beiden Supermächte angeblich dominieren, widerlegt werden sollte, indem a) gezeigt wurde, daß der »Exterminismus« der USA auch ohne einen exterministischen Gegenspieler verständlich ist; b) die Verwurzelung dieses »Exterminismus« in global ausgerichteten Herrschaftsinteressen erläutert wurde, als Politik, die in der Bewahrung dieser Herrschaftsinteressen ihre »Rationalität« hat, keineswegs aber in der Dynamik einer auch gegenüber den Herrschenden verselbständigten Zerstörungsmaschinerie; c) die Verkoppelung dieser Politik mit »westeuropäischen Interessen« nachgewiesen wurde. Offen ist noch die Frage, welchen Beitrag die Sowjetunion zu dieser Konstellation geliefert hat.

THOMPSON begründet seine These, daß die Sowjetunion – ebenso wie die USA – ein »militärisch-industrieller Komplex« »ist«<sup>92</sup> sowohl durch die Benennung innergesellschaftlicher Faktoren wie durch Kommentare zum Außenverhalten der UdSSR. Doch ehe ich diese Argumentation referiere und kritisiere, will ich kurz erläutern, welche Fragen zur Begründung der These vom herrschenden »militärisch-industriellen Komplex« (MIK) in der Sowjetunion beantwortet werden müßten.<sup>93</sup> Eine in sich kohärente Argumentation müßte nachweisen: 1. daß es in der UdSSR ein industrielles, militärisches und wissenschaftliches »Waffensystem« gibt; 2. daß dieses »Waffensystem« und seine Träger spezifische Interessen artikulieren; 3. daß (so THOMPSONS eigene Argumentation) dieser »führende Sektor« der Gesellschaft »seine Prioritäten aufprägt« und die Wachstumsrichtung »beeinflußt«; 4. daß diese »führende Stellung« des »Waffensystems« historisch und strukturell in der Gesamt-

verfassung dieser Gesellschaft bzw. dieses Staates wurzelt; 5. daß die Politik, die von diesem »Waffensystem« verfolgt wird, gemessen an den herrschenden Interessen in dieser Gesellschaft »irrational« ist, sich nur noch aus der zwanghaften Logik des Zusammenspiels der beiden »extermunistischen Mächte« erklären läßt.

Der 1. Argumentationsschritt ist unstrittig – natürlich gibt es in der Sowjetunion ein ausgebaut »Waffensystem« mit allen zuvor genannten Komponenten.<sup>94</sup> Hinsichtlich der 2. Frage ist die Argumentation THOMPSONs denkbar unklar: Einerseits meint er, es wäre »ein Fehler, das (sowjetische) Militär als ein autonomes Interesse anzusehen«, da bei dieser These die vermittelnde Rolle der Partei übersehen würde,<sup>95</sup> andererseits postuliert er, daß »das militärische 'Interesse'« die gesamte Sowjetunion dominiert.<sup>96</sup> Da letzteres schwerlich möglich sein kann, ohne daß ein »militärisches Interesse« existiert, lassen einen diese beiden Aussagen etwas ratlos. Aber unabhängig von dieser Unklarheit bei THOMPSON kann man feststellen, daß zumindest die Armee einen separaten Komplex von Interessen und Wertbegriffen innerhalb der sowjetischen Gesellschaft darstellt, mit einem eigenen Berufsethos, einem eigenen Ehren- und Disziplinkodex und einer eigenen inneren stabilen Machthierarchie.<sup>97</sup> Aber mit dieser Feststellung sind zwei Probleme noch nicht gelöst: zum einen, ob »die Armee« (oder gar der »militärisch-industrielle Komplex«) gegenüber der restlichen Gesellschaft ein *einheitliches* Interesse verfolgt. Obwohl es Punkte zu geben scheint, wo diese Einheitlichkeit »a priori«, durch die funktionale Position der Armee, gesetzt ist, kann man selbst daran zweifeln: Nimmt man etwa die Budgetzuweisungen für Rüstungssektor und Armee, so zeigt das Beispiel der CHRUSCHTSCHOWschen Militärreform 1960, daß es innerhalb der Armee einen Flügel gab, der eine Kürzung der Militärausgaben für möglich und sinnvoll hielt, während ein anderer Flügel dem schärfsten Widerstand entgegengesetzte.<sup>98</sup> D.h. hier erwiesen sich politische Gegensätze auf gesamtgesellschaftlicher Ebene in Verbindung mit Fraktionierungen innerhalb der Armee (in diesem Falle »Traditionalisten« vs. Atomkriegs-Spezialisten) als stärker denn militärische Gruppenloyalität.<sup>99</sup> Zum anderen ist der noch wichtigere Aspekt, ob diese militärische »Interessengruppe« über ihre funktionsspezifische Tätigkeit hinaus (zu der z.B. auch der Versuch gehört, einen bestimmten Anteil des Militärhaushalts am Budget zu sichern) weiterreichende Interessen *gesamtgesellschaftlicher* Natur entwickelt. THOMPSONs Position hierzu (und damit die Antwort auf die 3. und die 4. Frage) ist zum Teil bereits zitiert worden: Daß das militärische Interesse dominiert, belegt er mit der Priorität, die eine Schwerindustrie mit »militärischem Akzent« seit den 30er Jahren genießt, damit, daß die Rüstungsindustrie in der Zuteilung von materiellen Ressourcen und qualifizierten Arbeitskräften privilegiert ist und daß sie den technisch »führenden« Teil der sowjetischen Industrie bildet.<sup>100</sup> Alle diese Argumente treffen wohl zu,<sup>101</sup> reichen aber nicht hin, um den Kern seiner Aussage zu belegen – denn schließlich könnte sich in diesen Umständen ja auch (in direktem Gegensatz zu seiner Annahme) eine bestimmte *politische* Prioritätensetzung von seiten der Partei widerspiegeln. Da politische Prioritätensetzungen nicht vom Himmel fallen, muß dieser Einwand noch konkretisiert werden. Dabei scheinen mir drei Gesichtspunkte wesentlich: Erstens übersieht THOMPSON, daß die Privilegierung der Rüstungsindustrie nur die Kehrseite des qualitativ desolaten Zustands der zivilen Industrie ist. Eine Armee, die sich mit der Produktenqualität in ihrer Ausrüstung abfinden müßte, die dem sowjetischen Verbraucher von Industriegütern tagtäglich zugemutet wird, wäre kaum einsetzbar. Im Zeitalter der Atomwaffen wäre sie zudem unmittelbar lebensgefährlich. So folgt die institutionelle Abschirmung und ökonomische Privilegierung der Rüstungsindu-

strie wohl in erster Linie aus der funktionalen Notwendigkeit des Militärs für das Weiterexistieren des Systems. Dabei ist es unbestritten, daß durch diese Privilegierung zugleich die relative Rückständigkeit des zivilen Sektors stabilisiert wird.

Zweitens will ich gar nicht in Abrede stellen, daß diese Privilegierung (und vor allem der ständige Ausbau des Militärwesens) auch eine Folge der Tätigkeit der Armee als »pressure group« ist. Doch geht die Zielrichtung dieser Institution primär nach innen, ist »egozentrisch«. KOLKOWICZ charakterisiert sie mit folgenden Sätzen:

»Im Grunde ist es eine zunftartige Organisation, die sich von der Außenwelt isoliert, nach bestimmten orthodoxen Regeln und Sitten lebt und stets über ihre Interessen und Vorrechte wacht. Solange ihre wichtigsten Interessen und Bedürfnisse befriedigt werden, sind die Militärs bereit, sich mit jeder beliebigen politischen Führung zu vertragen.«<sup>102</sup>

Zweifellos ist es für einen »führenden Politiker« in der Sowjetunion nicht ungefährlich, sich mit dieser Institution anzulegen, aber es ist auch nicht unmöglich. CHRUSCHTSCHOW hat beides bewiesen: Daß es möglich ist, trotz wütenden Gezeters der Militärs, tiefgreifend in deren Interessensphäre tätig zu werden, und, daß man sich den Hals bricht, wenn man außerdem noch den Parteiapparat und die zentrale Staatsbürokratie gegen sich aufbringt. Zwischen einer Gruppierung, die zu sehr effektiver Opposition fähig ist, und einer politisch führenden Gruppierung besteht allerdings eine nicht unerhebliche Differenz.

Damit ist der dritte Gesichtspunkt angesprochen. Trotz seiner starken Position im politischen Machtssystem (oder vielleicht gerade deswegen) ist das Militär vom Zentrum politischer Macht bisher immer fern gehalten worden: Im Politbüro, das auch die grundsätzlichen strategischen Fragen entscheidet, ist es nicht vertreten.<sup>103</sup>

Im Zentralkomitee der Partei ist sein Anteil seit 1952 (11 %) fast kontinuierlich zurückgegangen (1976 7 %).<sup>104</sup> Selbstverständlich ist dies nicht mehr als *ein* Indiz, es läßt aber doch vermuten, daß die These, die sowjetische Politik werde von militärischen Interessen dominiert, auf sehr schwachen Beinen steht.<sup>105</sup>

Anlaß zur Beruhigung sind diese Einwände dennoch nicht: Auch ein Militärwesen, das zwar nicht den dominanten Teil des Partei-Staates bildet, wohl aber mächtig genug ist, Eingriffen in seine Sphäre erheblichen Widerstand entgegenzusetzen, ist in einer Zeit, die die Umdenken und politische Umorientierung erfordert, gefährlich.

Damit sind wir bei der 5. Frage: ob das sowjetische »Waffensystem« eine Politik verfolgt, die nicht mehr aus den in diesem Lande herrschenden Interessen, sondern nur durch das Zusammenspiel der beiden »Exterministen« erklärbar ist. Für THOMPSON ist dies natürlich der entscheidende Punkt. Er belegt seine These mit folgenden Argumenten:

a) Die aus historischen Gründen erklärbare starke Position des Verteidigungssektors habe sich dank des bürokratischen Beharrungsvermögens der politischen Führungsschicht selbstständig. Was einmal »Reaktion auf westlichen Vernichtungsdrang« war, werde nun durch innergesellschaftliche Konstellationen gebrochen rezipiert. Einfacher ausgedrückt: Die Bedrohung von außen sei zu wesentlichen Teilen ein Produkt der Ideologen des Waffensystems, die dessen Existenz legitimieren müssen und die veröffentlichte Meinung in der UdSSR dominieren.<sup>106</sup> Von der Frage abgesehen, ob dieses Argument die Politik der NATO-Staaten adäquat würdigt, scheint es mir aus einem anderen Grund unzureichend: Eine Analyse der in der UdSSR veröffentlichten Meinung unter dem Aspekt der »westlichen Bedrohung« ergab nämlich ein anderes Bild. Bei dieser Untersuchung wurden verschiedene sowjetische Zeitschriften auf ihre Stellung zur neuen Westpolitik der UdSSR 1969 hin ausgewertet. Das Ergebnis widerspricht THOMPSONs Argumentation in zweier-

lei Hinsicht: Erstens ist es falsch, von einer monolithischen Rezeption der Außenwelt durch die sowjetische Kaderschicht auszugehen: Während z.B. die Leser der Zeitschrift des »Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen«, das vor allem für das Zentralkomitee der Partei und die Regierung arbeitet, erfahren, daß die Möglichkeit für »friedliche Zusammenarbeit der europäischen Völker (...) sich *unermesslich* erhöht« hätten, werden die Leser des Verteidigungsministeriums davor gewarnt, daß »mit einer Verstärkung der aggressiven Absichten der regionalen Kreise der Westmächte (zu) rechnen« sei.<sup>107</sup> Zweitens entspricht das Bedrohtheitssyndrom, wie es von dieser Militärzeitschrift (nach der vorliegenden Untersuchung) präsentiert wird, zwar auch in den Konsequenzen den THOMPSONSchen Erwartung, da jede Möglichkeit einer kooperativen Lösung internationaler Spannungen ignoriert und das Heil in weiterer Aufrüstung gesehen wird. Aber diese Position war seinerzeit in den internationalen Beziehungen der UdSSR nicht dominierend – im Rahmen der neuen Westpolitik wurde eine Reihe internationaler Verträge vorbereitet und abgeschlossen. Auch im Rüstungsbereich selbst wiederholte sich im übrigen diese Konstellation: Von den SALT-Verhandlungen wird berichtet, daß die sowjetischen Militärs anfangs mit äußerster Zurückhaltung und Skepsis teilgenommen hätten, im Laufe der Zeit aber zu einer kooperativen Zusammenarbeit gefunden hätten.<sup>108</sup> Wie schon bei dem letzten Punkt ist freilich auch das kein Grund zur Beruhigung: Der Preis für diese Unterordnung unter die Linie des Politbüros war, daß die laufenden Rüstungsprojekte des sowjetischen Militärs nicht angetastet wurden.<sup>109</sup> D.h. hier handelte es sich um eine Kompromißpolitik, in der zwar das politische und das ökonomische Interesse dominierte, die aber doch nicht durchführbar war ohne bedeutende Zugeständnisse an das Militär.

b) Sei das Realverhalten der UdSSR, wie es sich in der CSSR 1968 und Afghanistan 1980 präsentiere, Ausdruck von »aggressiven Geboten der Ideologie und Strategie«.<sup>110</sup> Daß die Sowjetunion in beiden Fällen Großmachtspolitik gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit des jeweiligen Volkes praktiziert (hat), ist unbestritten. Aber kann dies als Beleg für verselbständigten »Exterminismus« gelten? Weit einleuchtender scheint mir zu sein, dies als Ausdruck einer Sicherheitspolitik zu betrachten, die u.a. versucht, zwischen sich und der »feindlichen Außenwelt« eine Pufferzone zu schaffen, die es erlaubt – im Unterschied zum II. Weltkrieg – einen feindlichen Angriff auf fremdem Territorium abzuwehren. (dazu ausführlicher siehe unten) Soweit politische Umwälzungen unterbunden werden sollten, deren subversive Ausstrahlung auf sein eigenes Herrschaftsgebiet der sowjetische Partei-Staat fürchtete (wie im Falle der CSSR, vielleicht aber auch Afghanistans), ist der Zusammenhang zu den Herrschaftsinteressen in der UdSSR evident. Das aber ist das gerade Gegenteil eines verselbständigten »Exterminismus«.

c) Schließlich sei irgendwann »nach der Installation der ersten Interkontinentalraketen ... der absurde und doch entscheidende Beschluß gefällt (worden), jedem Waffensystem ein gleiches gegenüberzustellen und die 'Parität' zu erreichen.«<sup>111</sup> Von allen Argumenten THOMPSONS scheint mir dies das stärkste zu sein – obwohl er auch hier wieder seinem eigenen Postulat, daß die Linke sich konkreter auf die Sache selbst einlassen solle, nicht gerecht wird und allzusehr zu dem Urteil »absurd« kommt, ohne noch nach dem Sinn in diesem Unsinn zu fragen. Aber auch wenn man die Exterminismus-These nicht akzeptieren kann, bedarf dieser Punkt doch unbedingt der Klärung, da anders die Chancen und die potentiellen Widerstände von Abrüstungsinitiativen nicht bestimmbar sind. Deshalb soll darauf – im Rahmen einer Darstellung der sowjetischen Militärdoktrin und ihrer Bedingungsfaktoren – ausführlicher eingegangen werden.

## VI. Die sowjetische Militärdoktrin

In der einen oder anderen Form wird von verschiedenen Autoren die sowjetische Rüstungspolitik kritisiert. Verurteilt THOMPSON das Streben nach »Parität«, so sprechen ALBRECHT u. a. von einer Aufrüstung, die »jenseits dessen (liege), was bei rationalem Kalkül für die eigene Verteidigung benötigt wird«<sup>112</sup> – freilich ohne anzugeben, wieviel denn »bei rationalem Kalkül« benötigt würde. Ein augenfälliger Beweis für diese Argumentation scheint die Anhäufung von Nuklearwaffen mit vielfachen »over-kill«-Kapazitäten durch die sowjetische Armee. Nach THOMPSONs Argumentation würden diese Waffen ja statt zur Erhöhung der Sicherheit zur Gefährdung der UdSSR beitragen und deshalb aus keinem verteidigungspolitischen Kalkül mehr heraus ableitbar sein. Gefragt werden muß also, welche Funktion den Nuklearwaffen in der sowjetischen Militärdoktrin zugewiesen wird. Sinnvollerweise ist dabei zwischen zwei Phasen zu unterscheiden: 1945 bis Anfang der 60er Jahre und Anfang der 60er Jahre bis heute. Diese Phasen korrespondieren nicht nur mit der NATO-Strategie der »massiven Vergeltung« bzw. der »flexible response«, sondern auch, um das von THOMPSON eingeführte Kriterium zu übernehmen, mit der Existenz einer sehr begrenzten Anzahl von Nuklearwaffen bzw. einem fast ungehemmten quantitativen Ausbau der Bestände.

Die sowjetische Führung hatte sich in der ersten Phase – von 1945 bis Anfang der 60er Jahre – dem Problem zu stellen, daß die USA über ein Monopol an Nuklearwaffen verfügten und – im Krieg mit Japan – die Bereitschaft und die Fähigkeit bewiesen hatten, diese Waffen auch einzusetzen. Prinzipiell gab es folgende Möglichkeiten, auf die veränderte Situation zu reagieren:

1. Eine weltweite Ächtung von Atomwaffen durchzusetzen. Eine entsprechende Initiative der UdSSR in den Vereinigten Nationen (»Gromyko-Plan«) im Juni 1946 scheiterte.<sup>113</sup>
2. Das Vertrauen darauf, daß die USA diese Waffen nicht einsetzen würden. Diese Annahme hätte nach Hiroshima und Nagasaki jeder Grundlage entbehrt.<sup>114</sup>
3. Die Entwicklung einer eigenen Atombombe, d. h. Sicherheit durch »Abschreckung«. Unter dem Eindruck der US-amerikanischen und der deutschen Programme waren bereits 1943 entsprechende Vorhaben gestartet worden, doch ohne großen Nachdruck betrieben worden.<sup>115</sup> Nachdem die US-amerikanischen Bomben gezündet worden waren, wurden diese Arbeiten auf Initiative STALINs (so SHUKOV in seinen 1969 veröffentlichten Memoiren) beschleunigt und mit hoher Priorität fortgesetzt.<sup>116</sup> 1949 wurde dann die erste sowjetische A-Bombe zur Explosion gebracht. Da zu diesem Zeitpunkt aber noch kein Trägersystem existierte, war das Problem der »Abschreckung« damit noch lange nicht gelöst.
4. Zumindest solange, wie keine Mittel zu nuklearer Abschreckung gegen einen Erstschlag existierten, den Einsatz der vorhandenen konventionellen Waffen und Mannschaften so zu planen, daß er abschreckend wirkte.

Für die erste Phase der Nachkriegsentwicklung basierte die sowjetische Militärpolitik vor allem auf dieser 4. Möglichkeit. Die Doktrin bestand, auf einen kurzen Nenner gebracht, darin, »einen Nuklearangriff gegen die Sowjetunion ... mit der Drohung eines (konventionellen – WS) Angriffs gegen Westeuropa (zu) verhindern...«<sup>117</sup> Dabei erhielt der noch im Zeichen einer rein konventionellen Kriegsführung konzipierte »cordon sanitaire« aus »befreundeten« Staaten, der von den westlichen Alliierten auch konzediert worden war,<sup>118</sup> durch diese Wende in der strategischen Situation eine völlig neue Bedeutung: Konnten

diese Staaten vorher noch als eine Art Pufferzone gegen einen feindlichen Angriff betrachtet werden, so wurden sie nun in weit höherem Maße an die Sowjetunion gebunden: Sie wurden zu den vorgeschobenen Bastionen der sowjetischen Armee, deren dort stationierte Eliteeinheiten innerhalb weniger Stunden nach einem Angriff den Kampf auf das Territorium des Aggressors bzw. seines Verbündeten getragen haben sollen.<sup>119,120</sup>

Das Ende dieser ersten Phase war erreicht, als die UdSSR Ende der 50er Jahre die Fähigkeit zum nuklearen Gegenschlag erworben hatte (mit dem Flug von »Sputnik 1« war diese Fähigkeit aller Welt demonstriert worden.). Die sowjetische Führung reagierte relativ schnell auf die neue Lage: Im Januar 1960 verkündete Chruschtschow eine neue Militärdoktrin, nach der sich die sowjetische Militärmacht vor allem auf die Abschreckungswirkung von Interkontinentalraketen stützen sollte, zugleich wurde eine einseitige Reduktion der sowjetischen Landstreitkräfte um 1,2 Millionen Mann bekanntgegeben.<sup>121</sup> Bereits im September 1959 war von der UdSSR ein Plan zu einer allgemeinen und völligen Abrüstung binnen vier Jahren vorgelegt worden, der – so die Einschätzung SCHMIDT<sup>s122</sup> – den »Westen« in die »Defensive« brachte. Wenn es jemals in den letzten fünfunddreißig Jahren eine Chance gegeben hat, tatsächlich zu einer weltweiten Abrüstung zu kommen, dann wahrscheinlich in diesen Jahren. Freilich war auch die sowjetische Politik damals alles andere als konsistent. So meinte CHRUSCHTSCHOW, er könne mit einem geradezu grotesken Bluff über die atomare Schlagkraft der UdSSR die USA an den Verhandlungstisch zwingen.<sup>123</sup> Statt dessen gewann KENNEDY 1960 mit einer vom US-Geheimdienst ebenfalls konstatierten (jeder Realität entbehrenden) »Raketenlücke« die Wahlen und leitete ein gigantisches nukleares Aufrüstungsprogramm ein. Damit waren die Versuche zu einer strategischen Entspannung beendet: Die UdSSR kehrte zu ihrer ursprünglichen Militärdoktrin, freilich in erweiterter Form (Ausbau der Zivilverteidigung; Ausbau der Kriegsmarine) zurück.<sup>124</sup> Verteidigungsminister McNAMARA verordnete 1962 den Übergang zur »flexible response«.<sup>125</sup> Damit begann das eigentliche nukleare Wettrüsten, das bis heute anhält. Der militärstrategische »Sinn« der Beteiligung der UdSSR scheint mir in zwei Elementen zu liegen: Erstens zeigte die Kuba-Krise 1962, daß bei einem Konflikt zwischen den beiden Supermächten die strategischen Waffen sich gegenseitig neutralisierten und dann entscheidend war, wer an Ort und Stelle konventionell stärker war.<sup>126</sup> Damit war die Annahme, nukleare Bewaffnung allein könne Sicherheit garantieren, zerstört, konventionelle Rüstung behielt ihren Stellenwert. Zweitens aber brachten »flexible response« und »taktische Nuklearwaffen« die Sowjetunion in eine äußerst ungünstige Situation: Zwar war die Furcht vor einem nuklearen Erstschatz gegen die Sowjetunion selbst sicherlich geringer geworden,<sup>127</sup> zugleich aber wuchs – gerade bei den mit der UdSSR verbündeten herrschenden Bürokratien in Osteuropa – die Angst, die NATO könne versuchen, einzelne Staaten herauszuberechnen.<sup>128</sup> Die Strategie der »flexible response« wurde aus dieser sowjetischen Sicht als Konzeptionalisierung eines solchen begrenzten Angriffs begriffen. Da die Führungsmacht des westlichen Bündnisses bei Realisierung dieser Konzeption ihr eigenes Territorium verschont hätte, mußte die Möglichkeit eines solchen Konflikts als umso denkbarer erscheinen. Dem von sowjetischer Seite eine eigene Defensivkonzeption gegenüberzustellen, hätte das Dilemma nicht gelöst: »Verfolgte auch die Sowjetunion eine defensive Strategie, dann würde sie damit der Gegenseite signalisieren, daß sie die Gültigkeit von Regeln der nuklearen Kriegsführung (d.h. der Möglichkeit eines »begrenzten« Nuklearkriegs – WS) akzeptiert. Damit würde sie aber den Intentionen ihrer gegenwärtigen Strategie zuwiderhandeln, nämlich zu verhindern, daß für die Vereinigten Staaten im Rahmen ihrer 'flexible response'-Strategie ein Krieg in Europa politisch kalkulierbar wird.«<sup>130</sup>

Durch die Beibehaltung ihrer offensiven Kriegsführungsstrategie signalisierte die sowjetische Führung, daß sie zu einem solchen Agreement nicht bereit war, sondern vielmehr eine Eskalation, die dann auch die USA treffen würde, im Kriegsfall unvermeidlich sei. Durch die Integration von Nuklearwaffen aller Größenordnungen in die sowjetische Armee wurde diese Eskalationsbereitschaft auch praktisch demonstriert.<sup>131</sup> Ob für diese Strategie die sowjetische Rüstung in dem Maße, wie sie vorgenommen wurde, tatsächlich »notwendig« war und ist, läßt sich kaum entscheiden.<sup>132</sup> Eine im militärischen Denken verbleibende Aufzählung der Anhäufung von »overkill-Kapazitäten« sagt darüber wenig aus, da es sich ja auch hier um »politische Waffen« handelt. D.h. im Rahmen dieser »Abschreckungslogik« gedacht, geht es darum, ob die sowjetische Drohung, auf einen »begrenzten« Krieg mit Eskalation zu antworten, »glaubwürdig« ist. Darin liegt aber der entscheidende Unterschied zu der Strategie, die die NATO seit Anfang der 60er Jahre verfolgt: Ist deren Strategie und Rüstung in Europa darauf gerichtet, die Glaubwürdigkeit des eigenen Drohpotentials durch die Fähigkeit zum »begrenzten« Krieg zu demonstrieren, so zielt die sowjetische Militärpolitik darauf, jede Möglichkeit der Begrenzung eines solchen Kriegs zu leugnen und ihn damit – ganz im Sinne des traditionellen »Gleichgewichts des Schreckens« – undenkbar zu machen.

Als Kriegsvermeidungsstrategie betrachtet kann diese Doktrin allerdings nur solange wirksam sein, wie sie von der anderen Seite auch geglaubt wird. Diese Glaubwürdigkeit leidet aber nicht nur unter den Verbesserungen der Treffgenauigkeit etc. der US-Raketen, sondern auch darunter, daß die Komponente der sowjetischen Strategie, die bisher gewissermaßen einen Automatismus der Eskalation in Gang setzen sollte, den beiden Seiten fürchten mußten, zunehmend an Realisierbarkeit verliert: die Vergeltungsoffensive in Mitteleuropa. Das wesentliche militärische Instrument für eine solche Offensive sind die sowjetischen Panzerverbände. Dabei ist es unstrittig, daß der Warschauer Pakt über erheblich mehr Panzer als die NATO in Europa verfügt.<sup>133</sup> Die Erfolgsaussichten einer solchen Offensive sind inzwischen jedoch auch unterhalb der nuklearen Schwelle drastisch gesunken: Durch die Einführung »präzisionsgesteuerter Munition« auf Seiten der NATO bewegt sich die Überlebensfähigkeit der sowjetischen Panzer gegen Null. Zielsuchende Panzerabwehrraketen erreichen eine Trefferwahrscheinlichkeit von 60-85 % auf eine Entfernung von 1-2,5 km, von bis zu 97 % auf 4 km Entfernung.<sup>134</sup> Bereits 1976 verfügten die US-Streitkräfte über mehr als 72 Tausend Panzerabwehrraketen.<sup>135</sup> In den Jahren 1978 bis 1981 wurde allein die Bundeswehr mit 100 Tausend solcher Panzerabwehrwaffen ausgerüstet.<sup>136</sup> Das sowjetische Militär scheint darauf bisher noch keine überzeugende Antwort gefunden zu haben: Neben dem Ausbau seiner mechanisierten Infanterietruppen und der verstärkten Produktion von Flugzeugen zur Unterstützung des Bodenkampfs<sup>137</sup> legt es sein Hauptaugenmerk auf das quantitative Wachstum seiner Panzerverbände.<sup>138</sup> Unter der Voraussetzung, daß der bisherige Frieden in Europa auf der Glaubwürdigkeit der jeweiligen Drohpolitik basierte, ist auch diese Entwicklung bedenklich: Eine Vergeltungsdrohung, die unwirksam scheint, kann zu erhöhter Risikofreudigkeit auf der einen, hysterischen Reaktionen auf der anderen Seite führen. Möglich ist, daß die »SS-20« faktisch den Versuch darstellen, in Abweichung der bisherigen Doktrin ebenfalls ein »begrenztes« und damit »glaubwürdiges« Drohpotential aufzubauen. Die Nachricht, die E.PPLER in Moskau mit auf den Weg gegeben wurde, die Sprengkraft dieser Raketen betrage nicht wie bisher im Westen angenommen 250 kt, sondern »nur« 10 bis 15 kt<sup>139</sup> ist in dieser Hinsicht alarmierend. Selbst wenn diese Raketen nicht als Mittel für einen »begrenzten« Nuklearkrieg in

Europa gedacht sind – und für eine solche Veränderung der sowjetischen Strategie gibt es bisher in der Tat keine Hinweise<sup>140</sup> –, könnten sie doch von der anderen Seite als eine solche »Option« interpretiert werden. In der Nuklearkriegsplanung aber kommt es mehr darauf an, welche Absichten dem Feind unterstellt werden, als darauf, was er wirklich tut.

## VII. Ursachen der sowjetischen Militärdoktrin

Die bisherige Darstellung basiert auf der Voraussetzung, daß »die Sowjetunion die westliche 'Rüstungskultur' akzeptiert und übernommen hat.«<sup>141</sup> Die Grundelemente dieser »Kultur« sind:

- die Organisation eines besonderen, vom sonstigen produktiven Leben der Gesellschaft getrennten, von oben nach unten hierarchisch durchstrukturierten Vernichtungsapparat;
- die Ausstattung dieses Apparates mit industriell gefertigten Maschinen zur Vernichtung möglichst großer Menschenmassen und Sachwerte;
- die Entwicklung der Kriegsführung als einer besonderen Fertigkeit von Spezialisten, die möglichst ungestört von »Zivilisten« ihrer Tätigkeit nachgehen.

Die Grundlagen dieser »Kultur« waren in Rußland natürlich schon vor der Revolution vorhanden und wurden im Interventions- und Bürgerkrieg 1918 - 1921 in der neu aufgebauten Roten Armee übernommen und ausgebaut. Immerhin aber spielten in diesem Krieg noch Guerilla-Einheiten eine bedeutende Rolle und der 8. Parteitag der Kommunistischen Partei 1919 diskutierte den Übergang zu einem, in die allgemeine Reproduktion integrierten Milizsystem. Während der 20er Jahre stellten Armee und Militärdoktrin eine Art Zwischenlösung<sup>142</sup> zwischen beiden Formen der Kriegsführung dar: Einerseits existierte eine reguläre Armee als Kern der Verteidigungsbereitschaft, andererseits gab es eine starke Miliz und die Militärdoktrin war darauf ausgerichtet, einen künftigen Krieg als Krieg der ganzen Gesellschaft zu führen. Deshalb war die dauernde Existenz eines spezialisierten Sektors der Waffenproduktion weniger wichtig als die Umstellungsfähigkeit der Industriebetriebe im Kriegsfall. Die Größe des stehenden Heeres hatte weniger Bedeutung als die Mobilisierungsmöglichkeiten im Ernstfall. Die Aufstellung motorisierter Verbände war nicht so wichtig wie die Fähigkeit und Bereitschaft der Bauern, im Kriegsfall ihre Pferde zur Verfügung zu stellen, den Nachschub mitzuorganisieren und sich eventuell zu Guerilla-Einheiten zusammenzuschließen. Mit der »forcierten Industrialisierung« und vor allem mit der Zwangskollektivierung der Bauernschaft wurden die Voraussetzungen für diese Art von Kriegsführung radikal zerstört.<sup>143</sup>

Die ökonomischen und politischen Umwälzungen in dieser Phase vom Ende der zwanziger bis zur Mitte der dreißiger Jahre, in der die Grundlagen für den Stalinismus als Herrschaftssystem gelegt wurden, schlugen sich unmittelbar in der Art und Weise nieder, wie sich die Sowjetunion auf den Krieg vorbereitete. War das Resultat auch eine Armee und eine Militärpolitik, die von denen der westlichen Gesellschaften kaum mehr unterscheidbar war, so war die einseitige Aufkündigung des zuvor eingegangenen Kompromisses doch das Ergebnis spezifisch sowjetischer Bedingungen.<sup>144</sup> Der grundlegende Prozeß dieser Periode war die Vertiefung der Trennung von Gesellschaft und Staat in der Form der Unterwerfung der Gesellschaft unter diesen Staat und die ihn regierende Partei. In der Militärpolitik äußerte sich dieser Prozeß zum einen darin, daß die kasernierten Truppen nun das absolute

Übergewicht erhielten. Innerhalb eines Jahres stieg der Anteil dieser Truppen, der Anfang 1935 noch 26% betragen hatte, auf 77%<sup>145</sup> (bis 1938 dann auf 100%). Damit war der grundlegende Schritt für die Trennung der Armee von der Gesellschaft getan. Vertieft wurde dieser Prozeß zum anderen durch Maßnahmen, die den gesellschaftlichen Status der Führungskader dieser Armee erhöhen sollten und zugleich die Unterwerfung der Repräsentanten der Gesellschaft in der Armee, nämlich der »gemeinen Soldaten«, symbolisierten. Die Inhaber militärischer Kommandopositionen durften sich im gleichen Jahr noch wieder mit den – 1917 abgeschafften – Titeln (vom Leutnant bis zum Marschall) schmücken<sup>150</sup>; die durch das erste Dekret der Revolution abgeschaffte »militärische Grußpflicht« wurde wieder eingeführt; »große Heerführer« der zaristischen Zeit wurden nun in den Traditionsbestand der Armee bewußt eingebaut; das Verleihen von Orden expandierte etc.<sup>151</sup> Der Führungskader der Armee regredierte zur »Offizierskaste« und unterstrich dadurch die Trennung von Armee und Gesellschaft. Komplementär zu dieser Entwicklung verschob sich die Verpflichtung des Soldaten von der sozialen Revolution zur Staatstreue. Gewissermaßen auf den Begriff gebracht wurde dies in der Veränderung der Eidesformel (Januar 1939). Die ältere Fassung hatte folgenden Wortlaut:

»Ich, Sohn des arbeitenden Volkes, Bürger der USSR, werde Soldat der Roten Armee der Arbeiter und Bauern. Angesichts der arbeitenden Klassen und der ganzen Welt verpflichte ich mich, diesen Namen ehrenvoll zu tragen und das militärische Handwerk gewissenhaft zu lernen.«

Die nun verbindliche Fassung lautete:

»Ich, Bürger der USSR, leiste, indem ich in die Reihen der Roten Armee eintrete, den Eid und verpflichte mich feierlich, ein getreuer, tapferer, disziplinierter und eifriger Soldat zu sein und die Militärgeheimnisse und die Geheimnisse des Staates streng zu wahren, diskussionslos die militärischen Reglemente zu erfüllen und die Befehle der Offiziere und Führer zu befolgen.«<sup>152</sup>

Zeitlich früher liegen die ökonomischen Veränderungen, die zur Herausbildung eines bedeutenden industriellen Rüstungssektors führten.<sup>153</sup> Sie waren in zweierlei Hinsicht wirksam: Die Konzeption während der 20er Jahre war gewesen, das Schwergewicht auf die Umstellungsfähigkeit der »zivilen« Produktion zu legen, deshalb ein ausgeglichenes und proportionales industrielles Wachstum zu fördern und die Rüstungsindustrie im Vergleich zur industriellen Gesamtproduktion *nicht* vorrangig zu entwickeln. Die Zerstörung der inneren Proportionalität der Industrie durch die »forcierte Industrialisierung« und der desolater Zustand, in dem sich die Industrieproduktion in qualitativer Hinsicht schon nach kurzer Zeit befand, mußte die Realisierbarkeit dieser Konzeption im Kriegsfall als äußerst fragwürdig erscheinen lassen. Deshalb wurde nun die Betonung auf die Aussonderung eines speziellen Rüstungssektors gelegt, der, unter privilegierten Bedingungen arbeitend, vom qualitativen Niedergang der industriellen Produktion ausgenommen werden sollte. Umgekehrt erlaubte diese Ausdifferenzierung und die allgemeine Industrialisierung des Landes (die in quantitativer Hinsicht ja gewaltige Fortschritte machte) die Fertigung von Kriegsmaterial in Serien- und Massenproduktion. Ein weiterer, diesen Übergang unterstützender Faktor war der Übergang zur »Offensivstrategie« (dazu s.u.), der die Bereitstellung großer Mengen von Material *vor* Kriegsausbruch erforderlich machte.

Dieser Industrialisierungsprozeß wurde unter dem Zeichen einer politischen Ideologie angeleitet, in der soziale Emanzipation auf industrielle Entwicklung reduziert wurde, die »Überlegenheit« der »sozialistischen« Gesellschaftsordnung sich vor allem an dem Niveau ihrer Produktionstechnik beweisen sollte. Nichts lag näher, als dieses Denken auch auf den

Rüstungssektor zu übertragen und die »Überlegenheit« der Sowjetarmee am Standard ihrer technischen Ausrüstung zu dokumentieren<sup>154</sup> und sich in der Produktion dieser Ausrüstung jener Technik zu bedienen, die angeblich erst in einem System vom sowjetischen Typ ihre vollen Potenzen entfalten kann – der Massenproduktion.

Schließlich war, wie bereits angedeutet, eine weitere Grundlage der bisherigen Konzeption entfallen: die Nutzung des ungeheuren Potentials des bäuerlichen Rußland (und der Ukraine). Evident war, daß ein wesentlicher Beitrag dieser Bauern, die Zurverfügungstellung von Transportkapazitäten, durch die Abschlachtung der Hälfte des Pferdebestands während der Kollektivierung vernichtet worden war.<sup>155</sup> Das Problem lag aber noch tiefer, denn durch diese Kollektivierung war die Bauernschaft aus einem »Verbündeten« zu einem potentiellen Gegner des Systems geworden.<sup>156</sup> Eine unmittelbare Reaktion darauf war die verstärkte Motorisierung der Armee (die den zuvor angesprochenen Trend noch verstärkte). Militärstrategisch aber war die Konsequenz, das Heil in der Offensive zu suchen, und das natürlich dann nicht mit Milizeinheiten, sondern mit einer für einen schnellen Vorstoß technisch ausgerüsteten, professionellen Armee.<sup>157</sup>

Um zur Gegenwart zurückzukehren: Die sowjetische »Offensivstrategie« ist sicherlich auch deshalb immer noch dominant, weil nicht nur die Führung, sondern wohl das ganze sowjetische Volk nicht noch einmal solch fürchterliche Erfahrungen wie während des II. Weltkriegs mit einem auf ihrem eigenen Boden ausgefochtenen Krieg zu machen entschlossen sind.<sup>158</sup> Darüber hinaus aber ist diese Strategie in einen Kontext eingebunden, der es schwer macht, auch nur mittelfristig an ihre Veränderung und – allgemeiner – an ein Aussteigen der Sowjetunion aus dem Wettrüsten zu glauben, ohne daß es dort zu strukturellen Umwälzungen im Herrschaftssystem kommt. Als ein anderer Typus von Verteidigung war das seiner Natur nach rein defensive »Milizsystem« erwähnt worden. Wenn es richtig ist, was TROTZKI schreibt, daß die Ausbreitung dieses Systems ein Indikator für die Nähe einer Gesellschaft zum Sozialismus ist, so gilt das auch umgekehrt: Die Bedingungen für die Einführung eines solchen Systems (das durch verschiedene technische Entwicklungen inzwischen besser realisierbar denn je wäre) haben sich trotz der gewaltigen Veränderungen in der sowjetischen Gesellschaft seit den 30er Jahren kaum verbessert. Wenn auch die Verbitterung über die Kollektivierung in der sowjetischen Bauernschaft inzwischen wohl abgeklungen ist, so sind dafür die vorgeschobenen Posten des Warschauer Paktes nicht unbedingt verlässliche Bastionen. Sich z.B. auf die Bereitschaft zur absoluten Nicht-Kooperation der Bevölkerung der DDR mit dem Feind zu verlassen, wäre wohl verwegen. Weiterhin ist der sowjetische Militärssektor inzwischen natürlich von erheblichem Gewicht. Wenn es auch falsch ist zu behaupten, er dominiere die sowjetische Politik, und wenn auch seine Beteiligung am Wettrüsten mehr in der Steigerung des quantitativen Ausstosses liegt – qualitative technologische Sprünge sind nach den vorliegenden Untersuchungen<sup>159</sup> Ergebnisse von Interventionen der politischen Spitze des Systems –, so dürfte er einer Abschaffung seiner privilegierten Existenz doch erheblichen Widerstand entgegensetzen. Dies auf den Grundlagen des Systems sogar mit einiger Berechtigung: Eine Nivellierung des qualitativen Niveaus von Rüstungsindustrie und ziviler Industrie auf dem Niveau der letzteren könnte eine Gefahr für die Sicherheit des Landes bedeuten. Sprechen schon funktionale Gesichtspunkte gegen eine Umstrukturierung der Stellung von Militärsystem und Gesellschaft, so gilt dies umso eher für die soziale Differenz beider: Die »Offizierskaste« ist Teil eines Herrschaftsapparates, der jede Einschränkung seiner Privilegien fürchtet. Ein Abbau des sozialen Status dieser Schicht könnte das Gesamtsystem gefährden.<sup>160</sup>

Daß die Produktivkräfte, von denen die militärischen Destruktivkräfte einen Teil bilden, des »real existierenden Sozialismus« dem Kapitalismus überlegen seien, glaubt zwar inzwischen wohl kaum mehr jemand. Aber eine alternative Ideologie der Emanzipation ist, außer einer gewissen Staatsfrömmigkeit, nicht in Sicht. So wird der herrschende Partei-Staat wohl weiterhin auch auf diesem Gebiet hinter seinem eigenen Überlegenheitspostulat herrennen. Hier ist nun allerdings ein positiver Aspekt hinzuzufügen: Auch nach sowjetischer Auffassung beweist sich »historische Überlegenheit« in erster Linie in Produktivitäts- und Konsumniveau einer Gesellschaft. Und die Chancen einer Konversion der Rüstungsindustrie in eine für die Gesellschaft tatsächlich nützliche Industrie sind in der Sowjetunion wenigstens unter einem Aspekt günstiger als in kapitalistischen Ländern: Zwar steht dem – wie gezeigt – der soziale und politische Widerstand der Armee entgegen, aber für die gesellschaftliche Reproduktion wäre eine solche Umstellung nicht nur nützlich, sondern auch ohne Erschütterungen tragbar. Das Ende des Vietnam-Krieges brachte für viele US-Firmen, die im Rüstungsgeschäft engagiert waren, den Bankrott.<sup>161</sup> Aufgrund der Verflechtung von Rüstungs- und zivilem Sektor kann eine derartige Reduktion staatlicher Aufträge zu einer allgemeinen ökonomischen Krise werden. Solche Probleme kennt die sowjetische Wirtschaft nicht. Würden statt militärischer nun industrielle Ausrüstung und langlebige Konsumgüter produziert, so wäre deshalb keinerlei Störung des Reproduktionsmechanismus zu erwarten, eher wäre das Gegenteil wahrscheinlich: bestimmte materielle Engpässe würden verschwinden, die Qualität des durchschnittlichen Güterangebots in der zivilen Industrie würde steigen und die Arbeitsmotivation würde sich verbessern.

Aber leider ist das – noch – Zukunftsmusik. Auf einen letzten Punkt, der als zusätzliches Hindernis seit den 30er Jahren aufgetaucht ist, muß noch eingegangen werden: Die Sowjetunion ist inzwischen zu einer »Großmacht« geworden. Dies nicht nur wegen ihres internen Wachstums, sondern auch wegen ihrer Machtpolitik im Verhältnis zu anderen Staaten. Der Überfall auf Polen und Finnland zu Beginn des Krieges, die Schaffung eines Sicherheitsgürtels von ihr genehmen Staaten nach dem Krieg, schließlich der Einmarsch in Afghanistan Ende des Jahre 1979 dokumentierten die Bereitschaft, der eigenen Sicherheit absolute Priorität einzuräumen. Zugleich dokumentieren sie eine fundamentale Schwäche dieses Systems: Es tendiert dazu, Kooperation militärisch abzusichern. Dies deshalb, weil es – anders als der Kapitalismus – über keinen ökonomischen und sozialen Mechanismus verfügt, der im »Partnerland« einen verlässlichen und aufgrund seiner eigenen Interessen strukturell an Kooperation gebundenen Bündnispartner schaffen würde. D.h. dieses System ist, wie die Entwicklung in den Staaten des »Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe« nach dem II. Weltkrieg zeigt, nur dazu imstande sich zu verdoppeln.<sup>162</sup> Aus solchen Verdoppelungsprozessen ergeben sich aber – trotz aller Rede von »sozialistischer Arbeitsteilung« – keine aus sich selbst wirkenden dauerhaften Kooperationsbeziehungen. Vielmehr tendieren diese »Partner« im Maße ihrer ökonomischen Entwicklung dazu, sich auf den kapitalistischen Weltmarkt umzuorientieren. Das Hauptmittel des Zusammenhalts bildet, nach der militärischen Gewalt, allenfalls die Konkurrenzunfähigkeit ihrer Produkte auf dem Weltmarkt, die aber soll durch die Industrialisierungspolitik gerade beseitigt werden. Daß jedoch selbst das nicht ausreicht, zeigt das chinesisch-sowjetische Verhältnis. Im ersten Jahrzehnt nach der Revolution kopierten die Chinesen nicht nur das sowjetische Modell industrieller Verwaltung (und mit bestimmten Modifikationen auch ihr politisches System), sondern sie standen zudem in äußerst enger ökonomischer Kooperation mit der UdSSR. Das verhinderte aber nicht, daß es Anfang der 60er Jahre zum Bruch zwischen beiden Staa-

ten kam. In weiterer Perspektive folgt aus diesem Argument allerdings auch, daß es einen »globalen sowjetischen Expansionismus« im Sinne einer Durchdringung der Welt nach dem Bild der UdSSR kaum geben kann. Es fehlt dafür die Grundlage und es fehlt daüir im übrigen auch die innere ökonomische Dynamik.<sup>163</sup> Der rationale Kern hinter solchen Behauptungen ist zum einen, daß es eineglobale (wenn auch defensive) *Militärstrategie* der Sowjetunion gibt, zum anderen daß »Entwicklungsländer«, deren Entwicklung durch die Integration in den kapitalistischen Weltmarkt blockiert wird<sup>164</sup>, eine in *ihrem* Interesse liegende Affinität zu einem geplanten Außenhandel mit der Sowjetunion oder anderen RgW-Ländern haben: Geringerer Konkurrenzdruck, Kompensationsgeschäfte, langfristige Lieferabkommen etc. erlauben die Planung einer eigenständigen Entwicklungspolitik. Daß dabei eigene ökonomische Interessen eingehen, scheint mir ebensowenig ein Beleg für »sowjetischen Expansionismus« im oben beschriebenen Sinn wie der Umstand, daß die UdSSR solche Abkommen auch dazu nutzt, um ihre ungünstige geopolitische Situation zu verbessern: Solche »Erfolge« sind, wie die letzten Jahre gezeigt haben (Ägypten, Somalia), äußerst instabil, sie konstituieren kein zur »Ersten Welt« alternatives »sozialistisches Weltsystem«. Unter dem Postulat weltweiter Abrüstung ist dieser Umstand durchaus ambivalent: Zwar kann auf dieser Grundlage die Vorstellung eines »kommunistischen Weltstaates«<sup>165</sup> in den Bereich der politischen Mythologie verwiesen werden, zugleich aber ist damit eine starke Tendenz zur Militarisierung der Außenpolitik im eigenen Lager und an dessen Rand gesetzt.

### *Zusammenfassung*

Erstens. Die zwei Hauptphasen der NATO-Strategie – »massive Vergeltung« und »flexible response« – entsprechen einem unterschiedlichen Verhältnis der beiden »Supermächte« hinsichtlich des ihnen zur Verfügung stehenden Drohpentials. Die »massive Vergeltung« war solange eine politisch effektive Drohung, wie sie einseitig ausgesprochen werden konnte. Sich gegenseitig zu vernichten ist dagegen keine Drohung, sondern eine Absurdität von der auch Militärs nicht viel halten. »Flexible response« war ein Versuch, diese Drohung wieder glaubwürdig und die Nuklearwaffen als politische Waffen wieder nutzbar zu machen. Die »Nach«-Rüstung bedeutet in erster Linie, daß das waffentechnische Instrumentarium, das zu diesem Zweck eingesetzt wird, perfektioniert wird. Drohungen sind nur wirksam, wenn hinter ihnen der Wille zu entsprechendem Handeln *erkennbar* ist. Die neuen Mittelstreckenraketen (und die »Neutronenbombe«) dokumentieren diesen Willen in erschreckend glaubwürdiger Art und Weise.

Zweitens. Daß die Stationierung dieser Waffen einen US-amerikanischen nuklearen Überraschungsschlag gegen den Warschauer Pakt vorbereiten soll, ist ausgesprochen unwahrscheinlich – zu viele, selbst für Militärs einsehbare, Ungewißheiten wären in einem solchen Vorhaben enthalten. Dennoch sind diese Raketen eine ungeheure Gefahr, weil sie a) das US-amerikanische Risiko, wenn auch nicht kalkulierbar, so doch »kalkulierbarer« machen, b) wegen der extrem kurzen Vorwarnzeiten (Pershing II) eventuelle Fehleinschätzungen unkorrigierbar machen (der letzte Fehlalarm in den USA dauerte genauso lange wie der Flug einer Pershing II nach Moskau), c) die Grenze zwischen »politischen« und »Kriegsführungswaffen« bewußt verwischen und damit den fatalen Mechanismus von Annahmen über Gegenannahmen zu eigenen Annahmen, der der Auslösung des »großen Schlags«

vorangehen würde, noch undurchschaubarer machen und damit noch mehr seiner eigenen inneren Logik überlassen, d) einen großen Schritt auf dem Weg zur Erlangung einer »Erstschlagkapazität« bilden.

Drittens. USA und westeuropäische Regierungen sind bereit, sich darauf einzulassen, weil das, was uns als untragbares Risiko erscheint, ihnen erhöhten politischen Nutzeffekt verspricht, und weil es ihnen nicht um Sicherheit an der europäischen Grenze, sondern um die »Stabilität« an ganz anderer Stelle geht. Beide sind nicht länger gewillt, die Ausbreitung nichtkapitalistischer Entwicklungsdiktaturen unter Verzicht auf den Einsatz offener militärischer Mittel zu bekämpfen. Ausschlaggebend war hier nicht »Afghanistan«, sondern »Iran«. Zur UdSSR besteht dabei nur eine vermittelte Beziehung: sie soll »neutralisiert« werden, um an anderer Stelle ungestörter agieren und ein Desaster wie in Vietnam vermeiden zu können. Aufgrund der seither gewachsenen militärischen Stärke der UdSSR müssen die zu diesem Zweck eingesetzten Mittel umso massiver sein.

Viertens. Das Außenverhalten der UdSSR ist defensiv, aber großmachtpolitisch. Zu einer Umgestaltung der Welt nach ihrem Bild fehlen ihr strukturelle Voraussetzungen und es fehlt ihr wahrscheinlich sogar das Interesse, denn sie hätte davon mehr zu verlieren als zu gewinnen. Riskieren würde sie dabei vor allem (wie das Beispiel China zeigt) die Stabilität des von ihr geführten Blockes und damit letztlich auch innere Stabilität. Das bedeutet aber nicht, daß sie nicht über die Fähigkeit und die Bereitschaft verfügen würde, ihr eigenes Sicherheitsinteresse international rücksichtslos durchzusetzen. Ihre Politik ist »imperial«, aber nicht imperialistisch.

Fünftens. Der Beteiligung der UdSSR an der »westlichen Rüstungs'kultur'« liegen bedeutende historische und innergesellschaftliche Faktoren zugrunde. Der entscheidende Schritt wurde dabei während der Phase der Durchsetzung des Stalinismus, in der ersten Hälfte der 30er Jahre, vollzogen. Damit wurde das Militärwesen dem sich verselbständigenden Herrschaftsapparat eingepaßt und entsprechend der dominanten Ideologie technizistisch umgeformt. Seither hat sich eine militärische »pressure group« herausgebildet, die zwar politisch nicht dominant ist, deren Interessen die politische Führung jedoch berücksichtigen muß, will sie keinen das Herrschaftsgefüge destabilisierenden Konflikt riskieren.

Sechstens. Die sowjetische Militärdoktrin ist eine Kombination von »flexible response« (Bereitschaft zur Antwort auf allen Ebenen), »massiver Vergeltung« (Unausweichlichkeit der Eskalation zum allgemeinen Nuklearkrieg) und der spezifisch sowjetischen Konzeption der offensiven Kriegsführung. Diese Doktrin widerspiegelt *auch* das gemeinsame Interesse des Militärs (als Addition der Interessen der Teilstreitkräfte), zugleich aber stellt sie den Versuch dar, das Trauma des II. Weltkriegs unwiederholbar zu machen und Eskalationsbereitschaft glaubhaft zu demonstrieren, um so den Gegner auch von kleineren Attacken abzuhalten.

Siebtens. Eine entscheidende Komponente dieser Doktrin, die Drohung mit einem offensiven Gegenschlag in Mitteleuropa, ist in den siebziger Jahren zunehmend unglaubwürdig geworden. Es *kann* sein, daß die »SS-20« dieses Manko kompensieren soll, und es *kann* sein, daß damit zugleich die Konzeption einer Abschreckung durch die In-Gang-Setzung eines Eskalationsmechanismus fallen gelassen wurde und sich die sowjetische Führung auf die Idee eines »begrenzten« Nuklearkrieges einzulassen beginnt. Es kann sein, aber es muß nicht sein (dagegen sprechen nicht nur eindeutige Aussagen der sowjetischen Führung, sondern vor allem auch, daß es für die UdSSR – anders als für die USA – keinen europäischen »Schauplatz«-Krieg, bei dem sie selbst verschont bliebe, geben kann). Doch würde

die Lage dadurch, daß von der anderen Seite zu Unrecht unterstellt würde, die UdSSR sei zum Übergang zur Strategie der »flexible response« bereit, eher (wenn hier überhaupt noch Steigerungsformen denkbar sind) noch gefährlicher.

### *VIII. Konsequenzen für die Friedensbewegung*

Für die Arbeit in der Friedensbewegung ergeben sich aus diesen Überlegungen meines Erachtens folgende Konsequenzen:

Erstens ist es notwendig für unilaterale nukleare Abrüstung, wie sie inzwischen z.B. auch vom britischen TUC gefordert wird,<sup>166</sup> einzutreten. Dies einerseits natürlich deshalb, weil der Slogan von der »gleichgewichtigen« Abrüstung in den letzten drei Jahrzehnten die Verschleierungsideologie abgegeben hat, hinter der die Aufrüstungspolitik betrieben wurde. Wer sich auf die Gummiformel vom »Gleichgewicht« einläßt, begibt sich in die Hände der »Experten« und diese »Experten« vertreten meist Interessen, die zu denen der Friedensbewegung konträr stehen. Andererseits ist diese Forderung aber auch deshalb richtig, weil sich beide Systeme primär im Rüstungswettlauf mit sich selbst befinden, wobei die USA immer fünf bis zehn Jahre vorne liegen. Darüber hinaus geht es der US-Führung darum, die Mittel in die Hand zu bekommen, um ihren Herrschaftsanspruch ungehemmt in aller Welt durchsetzen zu können. Die Realisierung dieses Ziels mag eine Utopie sein, der Weg dorthin aber kann tödlich für uns alle werden.

Zweitens sollte darauf hingearbeitet werden, die eurozentristische Beschränkung der Stoßrichtung der Friedensbewegung zu überwinden. Es ist zwar nicht unwahrscheinlich, daß es in Europa zur Explosion kommt, aber dann in einem Konflikt, dessen Wurzeln außerhalb Europas liegen: Im Gegensatz von »Erster« und »Dritter Welt«. Solidarität mit Emanzipationsbewegungen in der »Dritten Welt« muß integraler Bestandteil der westeuropäischen Friedensbewegung werden – aus ihrem ureigensten Interesse heraus.

(Solche Solidarität kann nicht mehr, wie noch die Vietnam-Bewegung, die Identität von sozialen und politischen Zielen hier und dort naiv unterstellen. Das gemeinsame Interesse besteht in der Schaffung der Voraussetzungen zu einem eigenständigen Entwicklungsweg.)

Drittens. Die Forderung nach völliger nuklearer Abrüstung in Europa (und für die hiesige Friedensbewegung heißt dies zuerst und vor allem: für Westeuropa) bedarf keiner weiteren Rechtfertigung: Eine »Verteidigung« Westeuropas mit nuklearen Mitteln kann es nicht geben, weil eine »Verteidigung«, bei der das Objekt, das verteidigt werden soll, vernichtet wird, ein Wahnsinn ist, dessen »Sinn« nur außerhalb Europas liegen kann. Diese Forderung ist wohl nur realisierbar unter der Voraussetzung, daß sich die NATO auflöst oder gespalten wird. Dabei muß sich die Friedensbewegung auf zwei Probleme einstellen: Zum einen wird sie immer wieder auf das Problem stoßen, daß ein atomwaffenfreies Gesamteuropa, zu dem die Sowjetunion gehören würde, nicht vorstellbar ist, solange die USA nuklear bewaffnet sind – denn die Sowjetunion ist zugleich europäische und »Weltmacht«. D.h. die Möglichkeit »atomarer Erpressung« ist nicht aus der Welt zu schaffen. Dieses Risiko muß eingegangen werden. Es sind Widerstandsformen zu entwickeln, die eine solche Erpressung wegen ihrer politischen Kosten als unreal erscheinen lassen. Zum anderen besteht die Gefahr, daß die Friedensbewegung zum Ferment einer ihr sehr fern stehenden »Bewegung« wird: eines europäischen »Nationalismus«, der im Falle seines Erfolges zum Träger

einer »europäischen Nuklearmacht« werden könnte. Wer das für unwahrscheinlich hält, betrachte die Politik von MITTERAND. Wenn dagegen etwas hilft, dann nur Klarheit über die eigenen Ziele. Von Seiten der Sowjetunion hat die Friedensbewegung – ganz im Gegensatz zu dem, was z.B. die Ideologen von CDU/CSU behaupten – aus eben diesem Grund keine Unterstützung bei ihren europäischen Unabhängigkeitsbemühungen zu erwarten.

Viertens. Auch wenn die These vom »sowjetischen Expansionismus« falsch ist, so ist doch deren »Offensivstrategie« eine Tatsache. Eine Bewegung, die hierzulande mehrheitsfähig werden will, muß sich diesem Problem stellen. D.h. sie muß sich auf die Entwicklung einer »alternativen Verteidigungskonzeption« einlassen.

Fünftens. »1983« und »1984« liegen außerordentlich eng zusammen: Da es um die Verhinderung der Realisierung von Herrschaftsinteressen geht, sind innergesellschaftlicher Konflikt und Kampf gegen den »exterministischen Wahn« zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Sechstens. Der Versuch, die »Nach«-Rüstung in einen breiteren Kontext zu stellen, bedeutet nicht, die Größe dieser konkreten Bedrohung zu leugnen. Da es sich hier tatsächlich um einen Schritt in Richtung des nuklearen Untergangs handelt (nicht nur wegen der Realisierung von Herrschaftskalkülen, sondern auch weil die Gefahr einer »Auslöschung durch Versehen« damit immens wächst), müssen sich dagegen alle zusammenschließen, die das begriffen haben, unabhängig von ihrem politischen, religiösen oder sonstigen Hintergrund und unabhängig von den weiterreichenden Perspektiven, die sie meinen erkannt zu haben. Die Größe der Bedrohung bietet auch eine Chance: Da sie Millionen Menschen zum ersten Mal überhaupt bewußt macht, daß Europa vollgestopft mit Atomsprengköpfen ist, könnte sich die Bewegung gegen die »Nachrüstung« zu einer Bewegung gegen Atomwaffen in Europa überhaupt entfalten. Vor drei Jahren noch wäre eine solche Forderung als politisch unreal erschienen. Heute besteht zumindest eine politische Chance zur Verwirklichung dieses Ziels.

Zum Schluß soll noch einmal E.P. THOMPSON zu Wort kommen: »Diese Bemerkungen sind noch grob geschnitzt, die Leser werden sie berichtigen wollen. Ich fordere sie auf, zugleich zu handeln.«

### *Anmerkungen*

- 1 E.P. THOMPSON, »Ich selbst bin davon überzeugt, daß wir das in diesen zwei oder drei Jahren schaffen müssen«, in: »Für ein atomwaffenfreies Europa«, hrsg. von der Russel-Friedens-Kampagne, Berlin (1981), S. 7.
- 2 E.P. THOMPSON, »'Exterminismus' als letztes Stadium der Zivilisation«, in: »Befreiung« 1981/19-20, S. 12-43; R. BAHRO, »Überlegungen zu einem Neuanatz der Friedensbewegung in Deutschland im Anschluß an Edward P. Thompsons Aufsatz über 'Exterminismus' als letztes Stadium der Zivilisation«, in: »Befreiung« 1981/21, S. 9-37.

- 3 Ich folge dabei der Darstellung von H. SCHMIDT, »Verteidigung oder Vergeltung. Ein deutscher Beitrag zum strategischen Problem der NATO, 3. Aufl. (unverändert), Stuttgart 1965 (zuerst 1961), und ders., »Strategie des Gleichgewichts. Deutsche Friedenspolitik und die Weltmächte«, Stuttgart 1969. Eine zusammenfassende, neuere Darstellung verschiedener »Abschreckungstheorien« in den USA findet sich bei K.-D. SCHWARZ/W.R. VAN CLEAVE, »Die Theorie der Abschreckung«, in: K.-D. SCHWARZ (Hg.), »Sicherheitspolitik«, Bad Honnef-Erpel 1978, 3. Aufl., S. 131-149.
- 4 »Die politische Konzeption der Nato ist natürlicherweise defensiv und reaktiv.« (1965, S. 128) Da es sich um eine »Natureigenschaft« handelt, kann sich SCHMIDT jegliche argumentative, geschweige denn analytische Begründung seiner Prämisse sparen.
- 5 G.F. KENNAN, der bis 1946 US-Botschafter in Moskau war, hat die 1949 erfolgte Bildung der NATO als »eine militärische Verteidigung gegen einen Angriff, den niemand plante«, bezeichnet (zit.n. D. HOROWITZ, Hg.), »Strategien der Konterrevolution. Containment and Revolution«, Darmstadt 1969, S. 14).
- 6 Zur sowjetischen Sichtweise dieses Problems s.u. Abschnitt VI.
- 7 Vgl. SCHMIDT 1965, S. 132 ff.; SCHWARZ/VAN CLEAVE 1978, S. 134.
- 8 Vgl. SCHMIDT 1969, S. 28 ff.
- 9 Vgl. ebda. S. 189 ff., 211 ff.; NATO Information Service, »NATO Facts and Figures«, Brussels 1978, 2. Aufl., S. 108.
- 10 Am 22.2.1954 wurde von der US-Regierung bekanntgegeben, daß sich 12 amerikanische Atomgeschütze mit taktischen Atomwaffen in Deutschland westlich des Rheins befänden. »Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit von 1943 bis 1959«, zusammengestellt von H. SIEGLER, Bad Godesberg 1960, S. XV.
- 11 Vgl. SCHWARZ/VAN CLEAVE 1978, S. 133; SCHMIDT 1965, S. 123 f.
- 12 Vgl. H.A. KISSINGER, »Was wird aus der westlichen Allianz«, Düsseldorf 1956, S. 192 ff.; SCHMIDT 1969, S. 34 ff.
- 13 Vgl. E. LUTZ, »Lexikon zur Sicherheitspolitik«, München 1980, S. 90; NATO Information Service 1978, S. 106 f.
- 14 Vgl. SCHMIDT 1965 und 1969; SCHWARZ/VAN CLEAVE 1978.
- 15 Vgl. etwa SCHMIDT 1965, S. XX, 20, 25, 32, 60, 61, 64, 65 f., 67, 135, 145, 158, 162, 196, 228; SCHMIDT 1969, S. 27 f., 48, 50, 98, 109., 116, 119, 187.
- 16 SCHMIDT 1969, S. 194.
- 17 »Eisenhower erklärt am 12.1.1955, daß die USA bei lokalisierten Konflikten normalerweise (!) keine nuklearen Waffen anwenden würden.« »Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit ...«, a.a.O., S. XVII.
- 18 Vgl. STOCKHOLM INTERNATIONAL PEACE RESEARCH INSTITUTE (SIPRI), Hrsg., »Rüstung und Abrüstung im Atomzeitalter«, Reinbek 1977, S. 33-36.
- 19 Vgl. »Der Weltraum wird zum Schlachtfeld«, in: »Der Spiegel«, 30.3.1981, S. 156-177.
- 20 Vgl. G. KRELL, »Das militärische Kräfteverhältnis bei den nuklearstrategischen Waffen«, in: G. KRELL/D.S. LUTZ, »Nuklearrüstung im Ost-West-Konflikt. Potentiale, Doktrinen, Rüstungssteuerung«, Militär Rüstung Sicherheit, Bd. 5, Baden-Baden 1980, S. 137-139.
- 21 Vgl. KRELL, a.a.O., S. 117 f. und unten.
- 22 Vgl. den Bericht von R.W. LEONHARDT über eine Tagung von Atomkriegs-Strategen: »Europa wurde vergessen«, in: »Die Zeit«, 28.8.1981, S. 5.
- 23 Daß solche Überlegungen keine reine Gedankenspielerie sind, ergibt sich etwa aus SCHMIDT 1965, S. 47; H. KAHN in »Der Spiegel«, 13.4.1981, S. 14 f.; D.S. LUTZ, »Sowjetische Nuklearrüstung und SALT«, in: ders. (Hg.), »Die Rüstung der Sowjetunion. Rüstungsdynamik und bürokratische Strukturen«, Baden-Baden 1979, S. 140 f., 152 ff. SCHWARZ/VAN CLEAVE (1978, S. 133) kommen in Anschluß an G. SNYDER zu der Einsicht, daß »die ganze Risikokalkulation des einen auf Vermutungen über die Risikokalkulation des anderen, also auf Vermutungen über Vermutungen hinaus(läuft).«

- 24 Zur militär-strategischen Bedeutung der Mittelstreckenraketen vgl. A.-A. GUHA, »Der Tod in der Grauzone. Ist Europa noch zu verteidigen?«, Frankfurt/M. 1980; W. BITTORF, »Schießplatz der Supermächte<sup>1</sup>. Die sowjetische Bedrohung Westeuropas und die Nachrüstung«, in: »Der Spiegel«, 1981, Nr. 28/29/30, S. 122-138/105-121/118-125; A.-A. GUHA, »Der Dritte Weltkrieg findet in Europa statt<sup>1</sup>. Ist ein begrenzter atomarer Konflikt auf dem alten Kontinent denkbar? Eine Tagung in Groningen«, in: »Frankfurter Rundschau«, 29.4.1981; D.S. LUTZ, »Kriegsgefahr und Kriegsführung in den 80er Jahren«, in: »aus politik und zeitgeschehen«, 17.1.1981, S. 23-38.
- 25 Vgl. zu den technischen Details SIPRI, »Rüstungsjahrbuch '80/81«, Reinbek 1980 (rororo aktuell 4735), S. 103-107; G.KRELL/D.S.LUTZ 1980, S. 55 f.
- 26 Die Treffgenauigkeit (CEP) der Pershing II soll bei 45 m, die der Cruise Missiles zwischen 30 und 100 m liegen. Zum Vergleich: Die höchste Treffgenauigkeit bei eurostrategischen Waffen erzielte bisher die Pershing IA mit einem Streukreisradius von 450 m; die SS-20 soll einen Streukreisradius von 400 m haben. (Der »circular error probable« gibt den Radius eines Kreises an, in dem eine Rakete mit 50% Wahrscheinlichkeit einschlagen wird.) SIPRI, »Rüstungsjahrbuch '80/81«, S. 104, 104 f. (Nach KRELL/LUTZ 1980, S. 55 f., liegt der CEP von Pershing II bei 30 m, der Cruise Missiles »unter 30 m.«) Die Möglichkeiten, die in dieser Treffgenauigkeit liegen, werden bei der Pershing II noch durch die eventuelle Bestückung mit einem »Earth-Penetration-Gefechtskopf« gesteigert, die auch die Vernichtung unterirdischer Bunker etc. erlaubt (SIPRI, a.a.O. S. 105).
- Da die Zerstörungskraft eines Explosivkörpers im Quadrat der Entfernung vom Zielpunkt abnimmt, ist die Treffgenauigkeit das entscheidende Problem in der Entwicklung von zur Kriegsführung geeigneten Nuklearwaffen geworden.
- 27 Bei den Marschflugkörpern ist dies ein Resultat ihres extrem geringen Radarquerschnitts von  $0.05 \text{ m}^2$ , ihrer Fähigkeit, sich in Flughöhen von unter 50 m vorwärtszubewegen, und der Möglichkeit, einen Zickzack-Kurs zu fliegen, Hacken zu schlagen etc. (SIPRI, a.a.O. S. 103 f.).
- 28 Die Flugzeit der Pershing II von ihrem geplanten Startplatz in der BRD bis zu ihren Zielen in der UdSSR soll nur etwa 7 Minuten betragen. D.h. eine Vorwarnzeit existiert faktisch fast nicht mehr. (Ebda. S. 105).
- 29 Nach SIPRI (S. 101) sollen die Marschflugkörper mit Gefechtsköpfen ausgestattet werden, die eine Sprengkraft von 200 kt haben, die Pershing II mit solchen von 10 bis 20 kt. - Eine bestürzende Schilderung der nuklearen Zielplanung von einem, der dabei gewesen ist, findet sich im übrigen in E.P. THOMPSON/D.SMITH (Hg.), »Protest and Survive«, Penguin 1980: H.T.NASH, »The Bureaucratization of Homicide« (S. 62 - 74).
- 30 Vgl. GUHA 1980, S. 50; SIPRI, »Rüstung und Abrüstung im Atomzeitalter« a.a.O. S. 24; G.KRELL, »Das militärische Kräfteverhältnis bei den nuklearstrategischen Waffen«, in: G.KRELL/D.S.LUTZ, »Nuklearrüstung im Ost-West-Konflikt«, Baden-Baden 1979, S. 161; vgl. neuerdings den Artikel »Victory is possible«, an dem einer der Militärberater REAGANs mitgeschrieben hat: C.S.GREY/K.PAYNE, »Sieg ist möglich«, deutsche Übersetzung in: K.D.BREDTHAUER/K.MANNHARDT (Hg.), »Es geht um das Überleben«, Köln 1981, S. 181 - 195 (zuerst in »foreign policy«, Sommer 1980, Nr. 39).
- 31 Vgl. »The Economist«, 16.8.1980. (Diese Einschätzung vertreten auch J.BAYLIS/G.SEGAL, »Soviet Strategy«, London 1981, S. 16, 36, 41).
- 32 »Spiegel«, 13.4.1981, S. 158 - 182, hier: S. 172.
- 33 Vgl. SIPRI, »Rüstungsjahrbuch '80/81«, S. 34.
- 34 H.SCHMIDT, »Verteidigung oder Vergeltung«, 3. Aufl., Stuttgart 1965, S. 40. Kurz nach Veröffentlichung dieses Buches machten USA und UdSSR in der Kuba-Krise die Probe aufs Exempel: Die USA waren bereit, bis an den Rand eines Dritten Weltkrieges zu gehen, um eine solche Stationierung zu verhindern.
- 35 Ebda. S. 108 f.
- 36 Ebda. S. 48.

37 Ebda. S. 51.

38 »Selbst wenn die Verwendung taktischer Nuklear-Waffen nicht bis zum Endpunkt der Spirale, nämlich bis zum totalen, strategisch-nuklearen Krieg führen sollte, so würde sie zu weitestgehender Zerstörung Europas und zu weitestgehender Vernichtung der in Europa lebenden Völker führen.« Ebda. S. 121. – Man vergleiche diese Einschätzung mit der Äußerung seines heutigen Regierungssprechers L.RUEHL, der der bundesdeutschen Bevölkerung die »Nach«-Rüstung mit dem Argument schmackhaft machen will, die Bundesrepublik werde selbst beim Einsatz »vereinzelter taktischer Kernwaffen nicht vollkommen oder ganz überwiegend sofort zerstört, und es würde sich immer noch lohnen, den Versuch zu machen, so viel wie nur möglich zu erhalten.« (»Frankfurter Rundschau« 15.9.1981).

39 Dies aus drei Gründen: Erstens weil die oben angemeldeten Bedenken mit der SS-20 nicht aus der Welt geschaffen sind. Zweitens weil die Bedrohung durch sowjetische Mittelstreckenraketen keineswegs neu ist. In dem gleichen Buch, in dem SCHMIDT sich gegen Mittelstreckenraketen der NATO auf europäischem Boden ausspricht, geht er von folgender Annahme aus: »Bereits 1958 wurde der Gesamtvorrat der Sowjetunion an Mittelstreckenraketen auf höher als 20 000 Stück geschätzt (zum Vergleich: Heute nimmt man an, daß die UdSSR 1979/80 über 538 Mittelstreckenraketen verfügt – WS), die Reichweiten gehen bis zu 3 000 km.« (Ebda. S. 35; die Angabe für 1979/80: KRELL/LUTZ S. 67). Drittens stand auch damals die NATO dem keinesfalls hilflos gegenüber. 1969 schrieb SCHMIDT: »Entscheidend ist das insgesamt ausgewogene Zahlenverhältnis. Dem sowjetischen massiven Monopol in MRBM (Medium-Range Ballistic Missiles) (vornehmlich auf europäische Ziele gerichtet, aber wohl z.T. auch auf China und Japan) steht eine hohe amerikanische SLBM-(Sea-Launched Ballistic Missiles) Überlegenheit gegenüber; die ausschließlich gegeneinander gerichteten ICBM (Intercontinental Ballistic Missiles) halten sich die Waage.« H.SCHMIDT 1969, S. 55.

Die unter Punkt 2 genannte Schätzung verdient noch eine gesonderte Bemerkung, weil sie erhellt, auf welchem Boden der damalige Wehrexperte der SPD argumentierte und einigen Anlaß gibt, auch heutigen Angaben dieses Herren mit Mißtrauen zu begegnen. SCHMIDT nennt für seine Zahlen keine Quellen, wahrscheinlich stammen sie – wie in diesen Fällen üblich – vom US-amerikanischen Geheimdienst. Tatsächlich verfügte die UdSSR 1958 über keine einzige Rakete mit einer Reichweite von 3 000 km (die erste Rakete mit einer vergleichbaren Reichweite, die SS-5, wurde zwischen 1961 und 1964 disloziert). Die ersten nuklearbestückten sowjetischen Mittelstreckenraketen, die in größerer Anzahl disloziert wurden, waren die SS-4 (1959) und SS-5; von ihnen wurden *insgesamt bis 1964* 500 bzw. 90 Stück aufgestellt (vgl. SIPRI, »Rüstungsjahrbuch '80/81«, S. 101 f.; D.HOLLOWAY, »Military Technology«, in: R.AMMAN/J.M.COOPER/R.W.DAVIES (Hg.), »The Technological Level of Soviet Industry«, Cambridge/Mass. 1977, S. 458, 462).

Dazu, daß auch vom historischen Ablauf her die Stationierung der SS-20 nicht der Grund für die sog. »Nachrüstung« gewesen sein kann, vgl. M.LEITENBERG, »Die taktischen Nuklearwaffen großer Reichweite der NATO und der WVO«, in: Studiengruppe Militärpolitik, »Aufrüsten, um abzurüsten?«, Reinbek 1980, S. 28 - 53.

40 Hier wie im folgenden wird davon ausgegangen, daß es eine »militärische Überlegenheit« des Warschauer Pakts gegenüber der NATO gegenwärtig nicht gibt. Da ich in diesem Artikel keinen Vergleich des Militärpotentials beider Seiten vornehmen werde, seien an dieser Stelle wenigstens einige Titel genannt, die die Legende von der sowjetischen Überlegenheit widerlegen:

1. Nuklearwaffen (NW.)

a) strategische NW: G.KRELL, »Das militärische Kräfteverhältnis bei den nuklearstrategischen Waffen«, in: G.KRELL/D.S.LUTZ, »Nuklearrüstung im Ost-West-Konflikt. Potentiale, Doktrinen, Rüstungssteuerung«, Militär Rüstung Sicherheit Bd. 5, Baden-Baden 1980, S. 91 - 175; D.S.LUTZ, »Sowjetische Nuklearrüstung und SALT«, in: ders. (Hg.) 1979, S. 123 - 160;

b) eurostrategische Waffen: D.S.LUTZ, »Das militärische Kräfteverhältnis im Bereich der 'Nuklearkräfte in und für Europa'«, in: KRELL/LUTZ, S. 11 - 89.

c) »taktische« NW: wie b.

2. Luftwaffe: D.S.LUTZ, »Die Rüstungsanstrengungen der Sowjetunion im konventionellen Bereich. Eine Datenvergleichs- und Bedrohungsanalyse«, in: LUTZ (Hg.) 1979, S. 87 - 97.

3. Konventionelle Kräfte in Europa: Ebda., S. 47 - 112.

4. Marine: Ebda. S. 98 - 119; D.S.LUTZ/A.POTT, »Die sowjetische Rüstung zur See: Offensiv oder defensiv?«, in: »Friedensanalysen«, 1980/11; J.S.WITT, »Neue Systeme zur U-Boot-Bekämpfung«, in: »Spektrum der Wissenschaft«, 1981/4.

Angaben zu Veröffentlichungen, in denen gegenteilige Auffassungen vertreten werden, finden sich in der genannten Literatur. -

Auf die methodische Problematik von Rüstungsvergleichen bin ich an anderer Stelle näher eingegangen: »'Mann gegen Mann'. Über den Unsinn in militärischen Kräftevergleichen«, in: »aesthetik & kommunikation«, 1981/46.

41 THOMPSON, »Exterminismus...« S. 33 f.

42 Ebda. S. 35.

43 M.KALDOR, »Rüstungsbarock. Das Arsenal der Zerstörung und das Ende der militärischen Techno-Logik«, Berlin 1981, S. 53.

44 Vgl. zur Autismus-These, die von Dieter SENGHAAS entwickelt wurde: Egbert JAHN, »Die Rolle des Rüstungskomplexes in der Sowjetgesellschaft«, in: D.S.LUTZ (Hg.) 1979, S. 169 f.; D.SENGHAAS, »Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit«, Frankfurt a.M. 1972, S. 170 ff.

45 Vgl. R.J.BARNET, »Der amerikanische Rüstungswahn oder Die Ökonomie des Todes«, Reinbek 1971, S. 49 ff., 80 ff.

46 Vgl. HOROWITZ (Hg.) 1969.

47 THOMPSON, »Exterminismus«, S. 33.

48 Vgl. ebda. S. 34.

49 THOMPSON fordert, den »Kalten Krieg« als irrationales Ergebnis aufeinanderprallender Formationen und Absichten zu verstehen, »die Zeitgeschichte als das irrationale Ergebnis kollidierender Bestrebungen (zu) begreifen und uns für die Zukunft auf eine zunehmende Irrationalität ein(zu)richten.« Ebda. S. 13, 14.

50 Vgl. dazu GUHA 1980; vgl. auch D.SENGHAAS, 1972, S. 176 ff. - Im konkreten Fall war ein in seinen Auswirkungen fataler »Lernprozeß« die Geiselnahme in der US-Botschaft in Teheran. Sie bedeutete eine enorme innenpolitische Erleichterung für den Übergang zu einer neuen Interventionspolitik.

51 R.BAHRO/M.VESTER, »Dieses Konzept bricht sieben Tabus und eröffnet eine Perspektive«, in: Russell-Friedens-Kampagne (Hg.), »Für ein atomwaffenfreies Europa«, Berlin (1981), S. 33.

52 A.a.O. S. 160

53 Ebda. S. 171

54 »SPIEGEL: Wo liegen nun die Gründe für die expansionistische Phase der Sowjets?

BRZEZINSKI: Es ist eine Kombination von Ideologie, nationalem Antrieb, geheimnisvollen historischen Zyklen, aus denen große Völker leben...

SPIEGEL: Meinen Sie, die Kremlführer haben ein konkretes Programm für die Eroberung der Welt, für die Weltrevolution?

BRZEZINSKI: Nein. Zum einen sind sie schon zu alt. ... Ich sage, sie haben kein aktuelles, konkretes Programm zur Erreichung der Weltherrschaft. Aber ich bin sicher, daß sie die Welt gern beherrschen möchten.«

Ebda. S. 168.

55 »Anhörung des designierten US-Außenministers Alexander M.Haig vor dem Außenpolitischen Ausschuß des US-Senats vom 9. bis 14. Januar 1981 (Auszüge)«, in: »Blätter für deutsche und internationale Politik« 1981, S. 365.

56 »Die Frage, welche Regierungen den USA freundschaftlich gewogen sind, hat Ronald Reagan in seinen früheren politischen Radiokommentaren beantwortet. Dazu zählen z.B. das frühere

Schah-Regime im Iran und das von Somoza in Nicaragua, die Regierungen von Pinochet in Chile, von Videla in Argentinien und Marcos auf den Philippinen.« H.GERLACH, »Präsident Ronald Reagan. Konturen seines außenpolitischen Profils«, in: »aus politik und zeitgeschehen«, 7.2.1981, S. 10.

57 »Anhörung...« S. 365.

58 Ebda. S. 369.

59 »Erste Pressekonferenz von US-Außenminister Haig am 28. Januar 1981 in Washington (Auszüge)«, in: »Blätter für deutsche und internationale Politik« 1981, S. 370.

60 Ebda. S. 364.

61 Im »Wahlprogramm« der Republikaner heißt es zu diesem Punkt: »Der zielbewußte Versuch, amerikanische Werte und Demokratieverständnis aufzuzwingen, hat verschiedene befreundete Staaten untergraben und in den vergangenen vier Jahren das Vordringen sowjetischer Interessen in Asien, im Mittleren Osten, Afrika und in der westlichen Hemisphäre ermöglicht.« »Blätter für deutsche und internationale Politik« 1980, S. 1048.

62 Vgl. GERLACH, S. 10 f.

63 Vgl. ebda. S. 13.

64 Vgl. dazu ausführlicher, mit der gleichen argumentativen Stoßrichtung: U.ALBRECHT, »Zur entspannungspolitischen Lage«, in: Studiengruppe Militärpolitik, a.a.O. S. 12 f., H.MÜLLER, »Krieg ums Erdöl?«, in: ebda. S. 15 - 22; BITTORF, a.a.O., Nr. 30, S. 123 - 125.

65 A.a.O. S. 1040

66 A.a.O. S. 367. Im Januar 1980 hatte CARTER in seiner »Botschaft über die Lage der Nation« erklärt: »Unser Standpunkt muß absolut klar sein: Ein Versuch durch eine Macht von außen, die Kontrolle über die Region des Persischen Golfes zu erlangen, wird als ein Angriff auf die lebenswichtigen Interessen der Vereinigten Staaten betrachtet werden. Und solch ein Angriff wird durch den Einsatz aller notwendigen Mittel, einschließlich militärischer Macht, zurückgewiesen werden... All diese Anstrengungen bekräftigen unsere Verpflichtung, die lebenswichtigen Interessen unserer Nation und die unserer Verbündeten zu verteidigen und zu bewahren - nicht nur in Europa und im Pazifik, sondern auch in dem Teil der Welt, der für uns eine so große strategische Bedeutung hat und der sich vom Nahen Osten bis nach Südwestasien erstreckt.« »Amerika-Dienst«, Bonn 24.1.1980, S. 8, 10.

67 A.a.O.

68 So eine Formulierung des Unterstaatssekretärs für Europäische Angelegenheiten im US-Außenministerium, L.S.EAGLEBURGER, in einer Rede vor einem Ausschuß des Kongresses, in: »Frankfurter Rundschau, 4.7.1981, S. 14.

69 Das Wahlprogramm der gegenwärtigen Regierung enthält eine fast vollständige Liste von Vorschlägen zur Verwischung der Grenze zwischen »politischen« und »Kriegsführungswaffen« und damit zur Destabilisierung des »strategischen Gleichgewichts«: Gefordert wird u.a. der Aufbau eines »wirkungsvollen antibalistischen Raketensystems (ABM-System)« (das eben immer auch zur Abwehr eines »second strike« geeignet wäre), und die Dislokation von Neutronenbomben und Marschflugkörpern in Europa (womit die Grenze zwischen konventionellen und »politischen Waffen« verwischt würde). »Blätter für deutsche und internationale Politik«, 1980, S. 1046.

70 BITTORF kommt in seiner höchst instruktiven Analyse zu der Schlußfolgerung: »... darum geht es den Washingtoner Planern in allererster Linie: Vorkehrungen zu treffen und Bedrohungen aufzubauen, mit denen man die Sowjetunion zum Stillhalten zwingen kann, selbst wenn im Nahen und Mittleren Osten der 'worst case' eintritt, der schlimmste vorstellbare Fall. Und der läge vor, wenn die Vereinigten Staaten und ihre ölabhängigen Verbündeten sich durch weitere antiwestliche Umstürze, Unruhen und Pressionen veranlaßt sehen sollten, rund um den Persischen Golf ein Super-Vietnam zu veranstalten. (...) Die neuen Mittelstrecken-Waffen Pershing 2 und Cruise Missiles... sind als flankierendes Drohpotential gegenüber Moskau wie geschaffen.« W.BITTORF, »Schießplatz der Supermächte'. Die sowjetische Bedrohung West-

- europas und die Nachrüstung«, »Der Spiegel«, 1981, Nr. 30, S. 125.
- 71 Die Einrichtung einer ca. 100 000 Mann starken Interventionstruppe für Konflikte in der Dritten Welt wurde (nach ersten Ankündigungen 1977) im Sommer 1979 angegangen (vgl. E.LUTZ, »Lexikon zur Sicherheitspolitik«, München 1980, S. 217 f.; »Amerika-Dienst«, Bonn 15.1.1980, S. 10 f.; MÜLLER, in: Studiengruppe Militärpolitik, »Aufrüsten, um abzurüsten?«, a.a.O.). Hinsichtlich des NATO-Beschlusses vom Dezember 1979 stellte Helmut SCHMIDT in einem Interview fest, »man (habe) vor dem Doppelbeschuß monatelang miteinander viele Einzelheiten erörtert...« (»Frankfurter Rundschau« 30.6.1981, S. 9).
- 72 »Wahlprogramm...«, a.a.O., S. 1047.
- 73 THOMPSON, »Exterminismus«, S. 22.
- 74 A.a.O. S. 33. An anderer Stelle (1981, S. 10) hat BAHRO einen dem »europäischen Industriekapitalismus« eigenen »Selbstvernichtungsdrang« entdeckt. Begründet wird dies mit einer Tautologie: a) Geschichte ist »ein immanent gesetzmäßiger Prozeß«, b) deshalb kann die »Tendenz zur Selbstausslöschung« »nicht zufällig« sein (ebda. S. 9).
- 75 Wenn selbst SCHMIDT als führender sozialdemokratischer Politiker 1961 eine »abschreckende Verteidigungsbereitschaft des Westens« als »conditio sine qua non für jegliche Politik« bezeichnet, »die den in der Knechtschaft lebenden Teil des Volkes erlösen und mit uns in gesicherter Freiheit vereinigen soll« (1965, S. 193), so zeigt dies, wie fest solche Gedankengänge in der politischen Führungsschicht der BRD verankert waren.
- 76 »Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung«, 25.2.1981, S. 163 - 169.
- 77 Bevölkerung der industrialisierten kapitalistischen Länder 1975, nach »Global 2000. Der Bericht an den Präsidenten«, Frankfurt a.M. 1980, S. 40.
- 78 OECD-Länder, unter Voraussetzung eines mittleren Wachstums des Bruttosozialprodukts: ebda. S. 398.
- 79 1976 hatten die USA bzw. die EWG einen Importanteil an dem Verbrauch von Eisenerz von 85 bzw. 99%, bei Kupfer von 99 bzw. 93%, bei Zinn von jeweils 90%, bei Aluminium (Bauxit) von 50 bzw. 100%. Ebda. S. 459.
- 80 Vgl. ebda. S. 464.
- 81 Es wäre sicherlich zu kurz gegriffen, wenn man annehmen würde, es handle sich hier nur um einen Kampf um solche materiellen Güter, die in sehr begrenztem Maße auf der Weltkugel vorhanden sind. Abgesehen von dem Konflikt um das Erdöl der Golfregion geht es mindestens ebenso sehr um die Aufrechterhaltung von Strukturen, die den international agierenden Unternehmen profitable Geschäftsbedingungen garantieren. Darauf kann in diesem Aufsatz leider nicht näher eingegangen werden. Auch auf dieser Ebene ließen sich wohl Differenzen zwischen den Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den USA aufzeigen.
- 82 A.a.O. S. 166.
- 83 Ebda. S. 167.
- 84 Vgl. A.RIKLIN, »Audiatur et altera pars«, in »aus politik und zeitgeschichte«, 17.1.1981, S. 6.
- 85 A.a.O. S. 164.
- 86 Bezeichnend scheint in dieser Hinsicht ein Artikel in der bundesdeutschen »Wehrwissenschaftlichen Rundschau« (30/1981/4) über »Rapid Deployment Force - Eingreiftruppe der Vereinigten Staaten« von H.SCHAUER. Ohne die geringste kritische Distanz werden als »mögliche Einsatzräume« neben dem Mittleren Osten auch »Südosteuropa, Mittelmeerraum, Afrika (und) Teile von Südostasien/Australien« genannt. Als Gegner werden »starke, modern ausgerüstete einheimische (!) Truppenverbände« ins Visier genommen. (Ebda. S. 121).
- 87 So verstehe ich THOMPSONs Aussage, »der Exterminismus ist nicht eine 'Klassenfrage': er ist ein menschliches Problem.« (»Exterminismus« S. 41). Ähnlich argumentiert BAHRO, der die »offiziellen politischen Kräfte Westeuropas« wesentlich nur noch durch »die formelle Disziplin« in eine exterministische Konfiguration eingebunden sieht, die ihren eigenen Interessen widerspreche (vgl. BAHRO 1981, S. 19).
- 88 Ebda. S. 41.

- 89 Bereits 1975 erzeugte Westeuropa ein Bruttosozialprodukt im Werte von 1,598 Billionen Dollar, verglichen mit einem BSP der USA von 1,509 Billionen Dollar und der UdSSR von 0,666 Billionen (»Global 2000«, a.a.O., S. 48).
- 90 Das scheint mir auch der Hauptgrund für die – soweit sie echt war – Aufregung der Militärstrategen über die sowjetische Intervention in Afghanistan: Für einen weiteren Vorstoß der UdSSR in Richtung Iran ist das dortige Grenzgebiet geographisch kaum geeignet – als Hinterland für einen Guerillakrieg gegen eine US-Interventionstruppe aber ist es fast ideal. (Den Unterschied zwischen beiden Formen der Kriegsführung in Abhängigkeit von den geographischen und sozialen Bedingungen erleben zur Zeit noch die sowjetischen Soldaten.)
- 91 Vgl. MÜLLER, 1980. S. 19 f.
- 92 »Exterminismus« S. 35.
- 93 Ich stütze mich dabei insbesondere auf einen Artikel von Egbert JAHN, der der Kritik eines Artikels von Vernon V.ASPATURIAN gewidmet ist, in dem die Dominanz eines MIK in der Sowjetunion belegt werden soll. E.JAHN, »Die Rolle des Rüstungskomplexes in der Sowjetgesellschaft«, V.V.ASPATURIAN, »Gibt es einen militärisch-industriellen Komplex in der Sowjetunion?«, beide in: D.S.LUTZ (Hg.) 1979.
- 94 Nach von der CIA veröffentlichten Berechnungen betrug 1976/77 der Anteil der sowjetischen Verteidigungsausgaben 11-12% vom Bruttosozialprodukt, 3-4% des Arbeitskräftepotentials sollen im Dienste des Verteidigungsministeriums stehen (weiterhin sind weitere knapp 3% Armeeangehörige; in beiden Fällen handelt es sich allerdings vielfach um überdurchschnittlich qualifizierte Arbeitskräfte); sehr viel höher liege der Anteil der Rüstung an der Endproduktion einzelner Industriezweige, so in »Maschinenbau und Metallverarbeitung« (ungefähr ein Drittel), Flugzeug- und Schiffbau (zwei Drittel), Elektronikindustrie und metallurgische Industrie (letztere ein Fünftel); Angaben nach F.WALTER, »Rüstung und Wirtschaftswachstum in der UdSSR«, in: »Sowjetunion 1978/79. Ereignisse, Probleme, Perspektiven«, München/Wien 1979, S. 168 - 170.  
Zur institutionellen Struktur des »Waffensystems« vgl. die Darstellung bei ASPATURIAN S. 238 - 258; D.HOLLOWAY, »Technologie und politische Entscheidungsgewalt in der sowjetischen Rüstungspolitik«, in: D.S.LUTZ (Hg.) 1979, S. 193 - 199; KALDOR 1981, S. 88 -94.
- 95 »Exterminismus«, S. 31 f.
- 96 Ebda. S. 30.
- 97 Vgl. R.KOLKOWICZ, »Die Militärs«, in: H.G.SKILLING/F.GRIFFITHS (Hg.), »Pressure Groups in der Sowjetunion«, Wien 1974, S. 129 - 164.
- 98 Vgl. ebda. S. 143 f.; K.-D.SCHWARZ, »Sowjetische Militärstrategien«, in: ders. (Hg.), »Sicherheitspolitik«, Bad Honnef-Erpel 1978, 3. Aufl., S. 380 f.
- 99 Eine so offen sichtbare Spaltung des Militärs in dieser Frage hat es seither freilich nicht mehr gegeben. Wahrscheinlich deshalb, weil die seitherige politische Führung am Militärhaushalt nicht mehr gerüttelt hat.
- 100 »Exterminismus« S. 30 f.
- 101 Vgl. KALDOR 1981, S. 94 - 98; D.HOLLOWAY 1979, S. 203 f., 210 f., 215; ASPATURIAN 1979, S. 255 f.; V.ZASLAVSKY, »The Regime and the Working Class in the U.S.S.R.«, in: »Telos«, winter 1979-80, Nr. 42, S. 15 - 17.
- 102 A.a.O. S. 162.
- 103 Von dieser Regel gab es zwei Ausnahmen: Marschall SHUKOV, der 1957 für 4 Monate dessen Mitglied war und dann wegen »bonapartistischer Neigungen« gestürzt wurde, und Marshall GRETSCHKO, der 1973 bis zu seinem Tod 1976 Vollmitglied des Politbüros war (vgl. A.VON BORCKE, »Das April-Plenum 1973«, in: »Osteuropa«, 23/1973/12, S. 924 f.).
- 104 KOLKOWICZ 1974, S. 163; »Länderberichte Osteuropa. Sowjetunion«, München/Wien 1979, 2. Aufl., S. 65.
- 105 Vgl. auch »Länderberichte...«, S. 62; HOLLOWAY 1979, S. 226.
- 106 »Exterminismus« S. 32.

- 107 E.JAHN/J.TIEDTKE, »Politische Strömungen in der sowjetischen Entspannungspolitik«, in: »Friedensanalysen«, Nr. 9, Frankfurt a.M. 1979, S. 50 - 80, hier: S. 62, 64. Ähnliche Differenzen hat KOLKOWICZ (1974, S. 140) für frühere Perioden ausgemacht.
- 108 Vgl. R.L.GARTHOFF, »The Soviet Military and SALT«, in: J.BAYLIS/G.SEGAL (Hg.), »Soviet Strategy«, London 1981, S. 154 - 182.
- 109 Vgl. M.LEITENBERG, »Warum sind die SALT-II-Grenzen so hoch oder Wie stark sind die Sowjets wirklich?«, in: »Technologie und Politik«, 1976/4, S. 49 - 70.
- 110 »Exterminismus« S. 32.
- 111 Ebda. S. 32.
- 112 U.ALBRECHT/A.JOXE/M.KALDOR, »Gegen den Alarmismus!«, in: »Aufrüstern, um abzurüsten?«, Reinbek 1980, S. 140.
- 113 Vgl. SIPRI, »Rüstung und Abrüstung im Atomzeitalter«, Reinbek 1976, S. 256.
- 114 Bereits die erste Atombombe wurde als »politische Waffe« gegen die UdSSR eingesetzt; vgl. G.ALPEROVITZ, »Atomare Diplomatie - Hiroshima und Potsdam«, München 1966.
- 115 Vgl. HOLLOWAY 1977, S. 451 f.
- 116 Vgl. ebda. S. 452.
- 117 S.TIEDTKE, »Militärische Planung und MBFR-Politik der Sowjetunion«, in: »Osteuropa«, 30/1980/4, S. 306; vgl. auch SCHWARZ 1978, S. 379, 386; BAYLIS/SEGAL 1981, S. 14.
- 118 Vgl. D.HOROWITZ, »Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam«, Bd.I, Berlin 1969, S. 49.
- 119 Vgl. LUTZ, »Die Rüstungsanstrengungen...«, a.a.O. S. 72 f., 80 f.
- 120 Umgekehrt bestand ein fast zwangsläufiger Effekt dieser Politik darin, daß die zur Geisel gewordenen westeuropäischen Staaten noch enger an die USA und deren »atomaren Schild« gebunden wurden.
- 121 KALDOR 1981, S. 80; SCHMIDT 1965, S. 66.
- 122 A.a.O. S. 155; SIPRI, »Rüstung...«, a.a.O. S. 257 f.
- 123 Vgl. etwa seine Rede vom 14.1.1960, in: »Dokumentation zur Abrüstung...«, a.a.O. S. 479, und BARNET 1971, S. 28.
- 124 Vgl. BAYLIS/SEGAL 1981, S. 14.
- 125 Vgl. SCHMIDT 1969, S. 68 ff.
- 126 Vgl. SCHMIDT 1969, S. 66 f. SCHMIDT gebraucht dieses Argument, um die konventionelle Aufrüstung der europäischen NATO-Staaten zu rechtfertigen, es läßt sich aber ebenso gut umgekehrt wenden.
- 127 Vgl. S.TIEDTKE, »Rüstungskontrolle aus sowjetischer Sicht. Die Rahmenbedingungen der sowjetischen MBFR-Politik«, Frankfurt a.M. 1980, S. 22.
- 128 Vgl. TIEDTKE, »Militärische Planung...«, S. 306
- 129 entfällt
- 130 TIEDTKE, a.a.O. S. 307.
- 131 Dies gilt nach Meinung eines der bedeutendsten westlichen Experten in diesem Bereich wohl auch für den Ausbau der sowjetischen Kriegsmarine (und U-Boot-Flotte) als vorgeschobene Verteidigungslinie und strategische Reserve; vgl. M.McGWIRE, »The Rationale for the Development of Soviet Seapower«, in: BAYLIS/SEGAL (Hg.) 1981, S. 210 - 254.
- 132 BAYLIS/SEGAL warnen davor, der sowjetischen Führung den westlichen Begriff der »Abschreckung« zu unterstellen: Die Sowjets verfolgten nämlich eine Politik der »deterrence by denial«, d.h. der Abschreckung durch die demonstrative Fähigkeit, einem möglichen Angreifer auf *allen* Ebenen erfolgreich entgegenzutreten. Von der Strategie der »flexible response« unterscheidet sich diese Doktrin durch die Überzeugung, jeder Krieg mit Westeuropa oder den USA müsse sich zum totalen Nuklearkrieg ausweiten (a.a.O. S. 9 - 51). Für die Militärs als »pressure groups« ist dies selbstverständlich eine sehr bequeme Position, da sie jeder Teilstreitkraft die Legitimationsgrundlage für Forderungen nach Budgetzuweisungen bietet.
- 133 Mitte 1976 standen in Europa 27 Tausend Panzer des Warschauer Pakts 12 Tausend Panzern der

- NATO (inkl. der französischen Streitkräfte) gegenüber. LUTZ 1979, S. 83.
- 134 Vgl. TIEDTKE, »Militärische Planung...« S. 309 ff und LUTZ, »Die Rüstungsanstrengungen...« S. 85 f. Dort findet sich auch die Beschreibung einer Fülle von weiteren, in den letzten Jahren eingeführten Panzerabwehrsystemen.
- 135 Vgl. TIEDTKE, a.a.O. S. 310.
- 136 So das Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages H.SCHEER in einem Interview, »Frankfurter Rundschau« 20.8.1981.
- 137 Vgl. SCHWARZ 1978, S. 388.
- 138 Vgl. TIEDTKE, a.a.O. S. 313.
- 139 Vgl. »Der Tagesspiegel« 3.9.1981.
- 140 SCHWARZ hat allerdings bereits 1978 die Auffassung vertreten, Breite und Struktur des sowjetischen Militärpotentials signalisierten, daß die sowjetische Führung faktisch, wenn auch nicht in der offiziellen Doktrin, zur »flexible response« übergegangen sei (a.a.O. S. 384).
- 141 KALDOR 1981, S. 75.
- 142 TROTZKI, seinerzeit Kriegskommissar, hat den Aufbau der Armee als durch die materielle Armut der Sowjetunion bedingte Abweichung vom Milizsystem interpretiert: »Die Rote Armee wurde von Anfang an als erzwungener Kompromiß zweier Systeme aufgebaut, bei Überwiegen der Kaserne. ... Das Verhältnis zwischen Kasernen- und Miliztruppen ist kein so schlechtes Merkmal des tatsächlichen Vordringens zum Sozialismus.« L.TROTZKI, »Verratene Revolution«, Frankfurt a.M. 1968, S. 211 f.
- 143 Vgl. dazu ausführlich M. von BOETTICHER, »Industrialisierungspolitik und Verteidigungskonzeption der UdSSR 1926 - 1930«, Düsseldorf 1979.
- 144 Die Bedrohung durch den deutschen Faschismus allein erklärt diesen Strukturwandel nicht: Denn erstens fand die entscheidende Weichenstellung bereits 1929/30 statt, zweitens führte sie, wie BOETTICHER gezeigt hat, vorübergehend sogar zu einer Schwächung des aktualisierbaren Verteidigungspotentials der UdSSR.
- 145 TROTZKI 1968, S. 214. TROTZKI führt dies u.a. auf die Unruhe zurück, die die Zwangskollektivierung in der Roten Armee ausgelöst hatte.
- 150 Vgl. TROTZKI 1968, S. 217.
- 151 Vgl. F.LIEB, »Rußland unterwegs. Der russische Mensch zwischen Christentum und Kommunismus«, Betn 1945, S. 274, 277; B.SOUVARINE, »Stalin. Anmerkungen zur Geschichte des Bolschewismus«, München 1980, S. 555.
- 152 Zit. n. LIEB 1945, S. 276.
- 153 Vgl. dazu für die Luftfahrt K.E.BAILES, »Technology and Society under Lenin and Stalin. Origins of the Soviet Technical Intelligentsia, 1917 - 1941«, Princeton N.J. 1978, Kap. 14.
- 154 Vgl. dazu für die Luftfahrt K.E.BAILES, »Technology and Society under Lenin and Stalin. Origins of the Soviet Technical Intelligentsia, 1917 - 1941«, Princeton N.J. 1978, Kap. 14.
- 155 Vgl. J.STALIN, »Werke«, Bd. 13, Berlin 1950, S. 286 f.
- 156 Vgl. M.LEWIN, »Die Auseinandersetzung in der Agrarfrage und die Wirklichkeit in der UdSSR 1928 - 1940«, in: P.HENNICKE (Hg.), »Probleme des Sozialismus und der Übergangsgesellschaften«, Frankfurt a.M. 1973, S. 332 - 364.
- 157 Tatsächlich wurde der II. Weltkrieg dann doch zum größten Teil auf sowjetischem Boden ausgetragen, doch war dies eine Folge dessen, daß der faschistische Angriff auf eine durch die »Säuberungen« erheblich geschwächte und politisch völlig unvorbereitete sowjetische Armee traf.
- 158 Auf diesen Zusammenhang weist TIEDTKE, »Militärische Planung...«, S. 306, hin.
- 159 Vgl. KALDOR 1981, S. 94; HOLLOWAY 1979, S. 222, 224.
- 160 Eine Vorstellung davon vermittelte die unter CHRUSCHTSCHOW verordnete Reduktion des Offizierskorps: im Militär brach ein Sturm der Entrüstung los, die entlassenen Offiziere empfanden dies als »soziale Degradierung«; vgl. KOLKOWICZ 1974, S. 156 f.
- 161 Vgl. KALDOR 1981, S. 61 f.
- 162 Vgl. als instruktives Beispiel Rumänien: S.WELZK, »Entwicklungspolitische Lernprozesse: Ru-

- mänische Erfahrungen«, in: »Befreiung«, o.J. Nr. 19/20, S. 70 - 118.
- 163 Gerade von sehr konservativer Seite wird auf dieses »Defizit« des sowjetischen Systems immer wieder hingewiesen. Um dennoch die These vom sowjetischen »Expansionismus« zu fundieren, werden dann Hilfstheorien entwickelt. Eine prominente Rolle spielte dabei in den letzten Jahren die im Frühjahr 1977 zum ersten Mal aufgestellte These, die sowjetischen Ölvorräte erschöpften sich, so daß die Sowjetunion künftig existentiell auf Erdöl aus der Golfregion angewiesen sei. Daß diese Prognose unmittelbar vor der ersten Ankündigung, daß eine »Eingreiftruppe« aufgestellt werden solle, publiziert wurde, kann man schwerlich für einen Zufall halten. Inzwischen, nachdem sich die Dinge gerade in dieser Beziehung schon sehr viel weiter entwickelt haben, hat der militärische Geheimdienst der US-Army (Defence Intelligence Agency) der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß die sowjetische Erdölförderung »spätestens in den 90er Jahren kräftig gesteigert werden (könne). Daß sie (die UdSSR) in aller voraussehbaren Zukunft einer der potentesten Ölexporteure der Welt sein kann, steht deshalb für DIA außer Frage.« (»Die Zeit« 11.9.1981). Zu der CIA-Prognose vgl. L.T.CALDWELL/W.DIEBOLD, »Soviet-American Relations in the 1980s«, New York u.a. 1980, S. 47, 173.
- 164 Vgl. D.SENGAAS, »Dissoziation und autozentrierte Entwicklung. Eine entwicklungspolitische Alternative für die Dritte Welt«, in: ders. (Hg.), »Kapitalistische Weltökonomie«, Frankfurt a.M. 1979, S. 376 -412.
- 165 »Erste Pressekonferenz von US-Präsident Reagan am 29. Januar 1981 (Auszug)«, in: »Blätter für deutsche und internationale Politik«, 26/1981/3, S. 363.
- 166 Vgl. »Frankfurter Rundschau« 12.9.1981.